Einzelnummer 50 Pfg.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 10.— Mk., vierteljährlich 30.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 3,— Mk. von auswärts 4,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 9,— Mk. von auswärts 12,— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. – Postscheckkonto Danzig 2945
Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 3290.

Nr. 52 | Donnerstag, den 2. März 1922 | 13. Jahrgang

Die Regierungskrise in England.

Rücktrittsgedanken Lloyd Georges.

England steht vor einer ernsten Regierungskrise. Die jetzige Regierung wird von den Konservativen (Unionisten) und einem Teil der Liberalen gebildet, während die sogenannten unabhängigen Liberalen unter der Führung des früheren Ministerpräsidenten Asquith und die Arbeiterpartei in Opposition zur Regierung stehen. Die letzten Wahlen haben bewiesen, daß die Stimmung der Wähler sich immer mehr den Oppositionsparteien zuwendet. Besonders die Arbeiterpartei konnte bei den letzten Wahlen große Erfolge erzielen. Bei den in Aussicht stehenden Wahlen dürfte die Regierungskoalition Lloyd Georges eine schwere Niederlage erleiden. Lloyd George ist der Führer der Koalitionsliberalen. Seiner Regierung drohen Gefahren, aber nicht nur von links, sondern seine Koalitionsbrüder, die Konservativen, sind in der letzten Zeit auch mit seiner Politik sehr unzufrieden. Die Partei der englischen Lords billigt insbesondere nicht den versöhnlichen Geist seiner auswärtigen Politik.

Diese Angriffe von seinen rechten Koalitionsgenossen scheinen nunmehr Lloyd George arg verschnupft zu haben, so daß er sich mit Rücktrittsgedanken trägt. Darüber berichten englische Blätter:

Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Lloyd George sei mit der augenblicklichen Lage im Parlament sehr unzufrieden. Er sei der Ansicht, daß er nicht die loyale Unterstützung erhalte, auf die er als Haupt der Regierung Anspruch habe, und daß sein Einfluß im Unterhause ernstlich geschwächt worden sei. Die Intrigen gegen seine Person und der vorsetzliche Versuch, der unternommen werde, um der Koalition ein Ende zu machen, hätten Lloyd Georges Stellung äußerst schwierig gestaltet. Lloyd George könne diese Behandlung unmöglich länger ertragen. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß er ein Schreiben an Chamberlain als Führer der Unionisten gerichtet habe, in dem er zum Ausdruck bringt, daß er sich diesen demütigenden Verhältnissen nicht länger unterwerfen könne.

In einem Leitartikel schreibt „Daily Telegraph“, die Bedeutung obiger Meldung braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Die Krise habe ihren Höhepunkt erreicht. Die Fortdauer einer Behandlung, wie sie Lloyd George erfahre, müsse seinen Rücktritt unvermeidlich machen. Der Rücktritt Lloyd Georges, der die Seele der Koalition sei, würde das Ende der Koalition bedeuten. Auf die Koalitionsregierung könne bei der augenblicklichen Zusammensetzung des Parlaments nur ein unionistisches Ministerium folgen, dessen Hauptaufgabe die baldige Auflösung des Parlaments wäre. Die unionistische Partei würde ohne eine Allianz mit den Liberalen bei den Neuwahlen einer Niederlage kaum entgehen können. Groß-Britannien sei jedoch heute nicht in der Lage, die Folgen des Unheils, das eine von der Arbeiterpartei beherrschte oder im großen Maße von ihr abhängige Regierung zur Folge haben würde, zu überlegen.

Auch sträubten sich die Konservativen gegen die von Lloyd George in Aussicht genommene Neuwahl des Parlaments.

Rücktrittsgedanken der polnischen Regierung.

Infolge dauernder Presseangriffe auf einige Minister verhandelte Ministerpräsident Ponikowski mit den Parteiführern über eine Umbildung und Parlamentarisierung des Kabinetts. Es ergab sich, daß Ponikowski keine Landtagsmehrheit zur Unterstützung seines Kabinetts findet. Das Kabinett bleibt bis zur endgültigen Vereinigung des Wilnaer Gebiets mit Polen im Amte.

Skirmunt stellt die Vertrauensfrage.

Im Sejmausschuß für auswärtige Angelegenheiten erstattete Außenminister Skirmunt Bericht über die gesamte polnische Außenpolitik im Hinblick auf die Genuaer Konferenz. Nach Schluß der Diskussion stellte der Minister, der wegen seiner tschechischen Politik und seiner Haltung in der Wilna-Frage in letzter Zeit heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, die Vertrauensfrage. Um den Sejmklubs die Möglichkeit zu geben, hierzu Stellung zu nehmen, wurde die weitere Diskussion vertagt und zunächst dem Leiter des Bureaus für die Vorarbeiten für Genua Wieniawski das Wort erteilt. Die Beratungen wurden für streng vertraulich erklärt.

•

Der Wilnaer Landtag beendete Montag seine Beratungen und trifft am 4. März in corpore in Warschau ein. In seiner vorgestrigen Sitzung nahm der Landtag 4 Entschließungen an, die die Verwaltung des Wilnaer Gebiets bis zur Uebernahme der Regierung durch die polnischen Behörden, die Vertretung der ehemals neutralen, jetzt an Polen übergehenden Zone im Warschauer Landtage, Schutzmaßnahmen für in Kowno eingekerkerte politische Gefangene polnischer Nationalität und den Schutz der polnischen Minderheit in Kowno und Litauen regeln.

Das neue Sachlieferungsabkommen.

Das am 27. Februar paraphierte Abkommen zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission bezweckt die Zulassung freier Verträge zwischen deutschen und alliierten Staatsangehörigen, denen dabei bezüglich aller Vertragsbestimmungen, insbesondere der Preisbildung, volle Freiheit gelassen wird für die Durchführung der in den Anlagen II und IV des Teils VIII des Friedensvertrages vorgeschriebenen Sachlieferungen. Das Abkommen soll zunächst bis zum 30. April 1923 Geltung haben. Es gewährt den reparationsberechtigten Regierungen mit Ausnahme von Frankreich eine Option, das darin vorgesehene Verfahren für sich in Anspruch zu nehmen, jedoch mit der Maßgabe, daß seine Annahme die gleichzeitige Anwendung irgendeines anderen Verfahrens ausschließt; insbesondere wird durch dieses Abkommen jede Möglichkeit, gleichzeitig Zwangsanforderungen auf Grund Anlage IV des Versailler Vertrages oder Artikel VIII des Zahlungsplanes zu stellen, genommen.

Zum Abschlusse von Verträgen im Sinne des Abkommens sind außer den natürlichen und juristischen Personen seitens der reparationsberechtigten Staaten auch die durch freien Zusammenschluß von Angehörigen desselben alliierten Staates gebildeten Gruppen, sowie die öffentlichen Verwaltungen, welche für eigenen Bedarf in der durch Gesetz oder Brauch bestimmten Form kaufen, berechtigt, deutscherseits im besonderen auch die Fachverbände und die Landesauftragsstellen.

Von dem freien Verkehr sind gewisse, listenmäßig bestimmte Waren ausgeschlossen, deren Ausfuhr entweder gänzlich verboten oder nur im Rahmen eines bestimmten Kontingents zugelassen ist, sowie alle Waren fremder Herkunft, soweit sie nicht auf deutschem Gebiet bearbeitet worden sind, ferner alle aus eingeführten Rohstoffen hergestellten Nahrungsmittel, schließlich Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber. Für besonders vereinbarte Warengattungen mit einem erheblichen Gehalt an ausländischen Rohstoffen muß der Erwerber Bezahlung in Höhe eines listenmäßig vereinbarten Prozentsatzes des Rohstoffwertes zum Warenwerte leisten. Ausgenommen von dieser Bestimmung bleiben Gegenstände, die von Kriegsbeschädigten zum Zwecke des Wiederaufbaues von Gebäuden, Werkstätten, Fabriken und Fabrikeinrichtungen bezogen werden.

Die im Wege des unmittelbaren Verkehrs abgeschlossenen Verträge müssen Lieferungen im Werte von mehr als 1500 Goldmark zum Gegenstand haben. Eine obere Grenze ist dagegen nicht gesetzt.

Diese Lieferungen unterliegen der deutschen Ausfuhrkontrolle. Die ausgeführten Waren dürfen ausschließlich im Gebiete des beteiligten alliierten Staates (einschließlich seiner Dominions, Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete verwendet oder verarbeitet werden, so daß also für sie die Wiederausfuhr ausgeschlossen ist.

Vorbereitungen für Genua.

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm in seiner gestrigen Sitzung zu der bevorstehenden Genuaer Konferenz Stellung. Dabei kam zum Ausdruck, daß man in Genua besondere Maßnahmen treffen wolle, um die Produktion und Absatzfähigkeit in den osteuropäischen Ländern zu heben. Weiter sprach sich ein Vertreter der Industrie dafür aus, daß die Genuaer Konferenz hoffentlich eine Besserung und Festigung der Währungsverhältnisse bringen möge.

Nach längerer eingehender Erörterung der allgemeinen Weltwirtschaftsfragen, an der sich u. a. Wissell, Stinnes, Hilferding, Bernhard und Cohen beteiligten, wurde beschlossen, vorerst Einzelgutachten der zuständigen Ausschüsse zu den für Deutschland besonders in Betracht kommenden Punkten der Tagesordnung für Genua einzufordern, und zwar über Finanzfragen, Wirtschafts- und Handelsfragen, Transportfragen. Diese Einzelgutachten wird dann der Reparationsausschuß zusammenfassen.

Rußland verlangt Gleichberechtigung.

Nach einer bei der russischen Handelsdelegation in London eingetroffenen Mitteilung erklärte Tschitscherin in einer Unterredung, es sei von Vorschlägen gesprochen worden, die anscheinend vollständig im Widerspruch mit der Resolution in Cannes seien. Wenn solche Vorschläge angenommen würden, so könne die Folge sein, daß die russische Regierung gezwungen werde, ihre Haltung gegenüber der Genuaer Konferenz zu ändern. Wenn beispielsweise der Plan einer sechsmonatigen Probezeit für Rußland als vorherige Grundlage für die Konferenz angenommen werde, so würde die Teilnahme Rußlands an der Genuaer Konferenz fraglich werden. Ein solcher Plan sei vollkommen unannehmbar.

Frauen als Schöffen und Geschworene.

Von Abg. Karoline Plagemann.

Bei den Beratungen über die Danziger Verfassung im Sommer 1920 gab es die erste Frauendebatte bei dem Artikel 73, welcher im Entwurf des Verfassungsausschusses lautete: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“. „Grundsätzlich!“ Das sollte nämlich heißen: Der Grundsatz wird zwar anerkannt, doch allen Ausnahmen ist Tür und Tor offen. Unsere Partei stellte deshalb den Antrag auf Streichung dieses überflüssigen Wortes und setzte das durch, trotz erbitterter Gegenwehr der Rechtsparteien. Bald darauf ging ein Antrag von Angehörigen der jetzigen Deutschen Partei ein, die Frau als Beisitzerin bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zuzulassen. Bei dieser Gelegenheit verlangte unsere Partei ganze Arbeit und stellte den Antrag, Frauen uneingeschränkt zum Laienrichteramt zuzulassen, ihnen also auch das Ehrenamt der Schöffen und Geschworenen zu übertragen. Auch dieser Antrag fand nach heftigen Kämpfen Annahme, und so hat der Senat, wenn auch lange zögernd, sich entschließen müssen, eine Gesetzesvorlage betr. Aenderung der Bestimmungen über Schöffen und Geschworene einzubringen. Er hat dabei, entsprechend seiner reaktionären Zusammensetzung, versucht, die Beteiligung der Frauen möglichst einzuschränken; so lautet z. B. § 2: Frauen dürfen das Schöffenamt nur ausüben, wenn eine Frau oder ein Jugendlicher allein oder zusammenangeklagt sind; doch muß auch in diesen Fällen ein Schöffe stets ein Mann sein.

Danach dürfte eine Frau nicht mitsprechen, wenn eine Frau oder ein Jugendlicher mit einem Manne zusammen angeklagt wäre, auch nicht, wenn ein Mann an Frauen oder Kindern ein Verbrechen begangen hätte.

In § 5 will die Vorlage den Frauen ein unbeschränktes Ablehnungsrecht zubilligen und in §§ 7 und 13 will sie die Zahl der auszulosenden Frauen auf ein Sechstel der Gesamtzahl beschränken. Seit Weihnachten wird nun im Rechtsausschuß um die vernünftige Ausgestaltung des Entwurfes gekämpft. Die Kommunisten vertreten den Standpunkt, daß überhaupt keinerlei besondere Bestimmungen über die Frauen aufgenommen werden sollten, die Gleichberechtigung sei anerkannt, alles übrige sei dem Zufall zu überlassen. Das hört sich ganz schön an, aber was würde in der Praxis dabei herauskommen?! Es würde ähnlich wie bei den Wahlen zur Volksvertretung eine kleine Anzahl Frauen ausgewählt werden, welche auf die Schöffen- und Geschworenenliste kämen; diese würden dann, wie sie das Los trifft, als Laienrichter mitzuwirken haben und der Zufall als Herrscher könnte es so fügen, daß sie gerade nur bei solchen Straftaten der Männer, die der weiblichen Beurteilung ziemlich fernliegen (Messeraffären, homosexuelle Vergehungen) Recht zu sprechen hätte — während da, wo wir nach dem weiblichen Richter verlangen, beim Jugendgericht, wo die verständnisvolle Mütterlichkeit der Frau von unendlichem Segen sein kann, und in den Fällen, wo Frauen angeklagt sind oder wo Verbrechen gegen Frauen verübt wurden — just die Männer allein wie bisher ihres Amtes walten würden. Das geht nicht. Darum hat unsere Partei beantragt, zwar den § 2, der von vornherein die Rechte der Frau beschränkt, zu streichen, ebenso den Absatz des § 7, welcher die Zahl der auszulosenden Frauen beschränkt. Um aber für eine richtige, durchaus mit dem Prinzip der Gleichberechti-

gung in Einklang stehende Eingliederung der Frauen zu sorgen, verlangen wir, daß in den § 8, welcher von der Auslosung und Verteilung der Schöffen auf die einzelnen Sitzungstage spricht, eine Bestimmung aufgenommen wird, nach der für alle Terminstage des Jugendgerichts ein Mann und eine Frau auszulosen sind, für alle anderen Sitzungstage des Schöffengerichts aber neben zwei Männern eine Frau, welche in allen Fällen mitzuwirken hat, wo Frauen Anklagte oder Verletzte sind. Damit wäre allen berechtigten Ansprüchen Genüge getan; hoffen wir, daß dieser Antrag eine Mehrheit findet.

Sehr lebhaft war auch das Ablehnungsrecht der Frau umstritten. Deutschnationale und Zentrum wollten daran festhalten, daß jede Frau ohne weiteren Grund ablehnen dürfe. Da war zu befürchten, daß erstens gerade die besten, gewissenhaftesten Frauen aus Scheu vor der Verantwortung ablehnen würden, zweitens, daß alle in abhängiger Stellung befindlichen Frauen von ihren Arbeitgebern zur Ablehnung veranlaßt werden würden; drittens, daß viele, ebenso wie Männer es tun würden, aus Bequemlichkeit ablehnen. Wir haben darum beantragt, daß das Amt des Schöffen von Frauen abgelehnt werden darf, wenn sie noch nicht schulpflichtige Kinder haben und wenn sie durch Krankenpflege in Anspruch genommen sind. Dieser Antrag hat Annahme gefunden. Für das Amt des Geschworenen, welches unter Umständen eine Frau mehrere Tage hintereinander in Anspruch nehmen würde, sind wir bereit, das Ablehnungsrecht auszudehnen auf alle Frauen, welche einen Haushalt führen.

Es finden zurzeit noch lebhafte Kämpfe statt über die Art, wie die Schöffen- und Geschworenenliste zustande kommen soll; ob, wie die Senatsvorlage wünscht, durch einen kleinen Ausschuß, der die geeigneten Personen aus der Urliste auswählt, oder ob, wie die gesamte Linke wünscht, durch Wahlen, welche die Gemeindevertretungen vorzunehmen haben. Wir hoffen auf Erledigung dieser Frage in unserm Sinne und damit auf ein Gesetz, das einen Fortschritt bedeutet und besonders für die Frauen einen Erfolg bringt. Die Deutschnationale Partei sieht natürlich sehr sauer zu der Erfüllung der Frauenwünsche; doch wird sie schwerlich Fraktionszwang zur Ablehnung des Gesetzes ausüben, weil die Frauen ihrer Partei in diesem Punkt ähnlich denken wie wir. Das hindert aber Herrn Dr. Bumke nicht, unermüdlich durch neue Anträge die Beseitigung der Frau zu fordern und damit die Beratung des Gesetzes aufzuhalten. Das Zentrum ist der treue Genosse der Rechten wie immer hier in Danzig, es hat vorsichtigerweise in den Ausschuß keine Frau zur Mitberatung geschickt. Glücklicherweise sitzen von der im Plenum sehr bunt zusammengesetzten Deutschen Partei 3 Vertreter des linken Flügels im Ausschuß, so daß wir mit diesen meist zusammen stimmen können. Sollte wider Erwarten kein vernünftiges Gesetz zustandekommen, so würden wir das der Haltung der Kommunisten zu verdanken haben, welche trotz aller angeblichen Frauenfreundlichkeit verhindern, daß die Frauen auf die ihnen zukommenden Plätze bei der Besetzung der Gerichte gelangen. Mit der bloßen Anerkennung der Gleichberechtigung ist es hier nicht getan, man muß uns Frauen auch das richtige Feld für gemeinnützige Tätigkeit geben.

Die Tagung der Kommunistischen Internationale.

Auf der Tagung der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale erstattete Sinowjew Bericht über die Entwicklung des Weltkommunismus. Was Deutschland betreffe, so sei die KPD. trotz aller Krisen aus den Kämpfen erfolgreich hervorgegangen. Die Ansicht, daß der dritte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale nach rechts abgeschwenkt sei, habe sich als unrichtig erwiesen. Die äußersten linken und die äußersten rechten Gruppen hätten die Lage der russischen Revolution und die Notwendigkeit nicht verstanden, dem Kapitalismus angesichts der langsamen Entwicklung der Weltrevolution Zugeständnisse zu machen. Ein Teil dieser Gruppen sei zu den Anarchisten übergegangen und unterstütze im Verfolg ihrer Taktik die bürgerliche Reaktion, wie z. B. in Frankreich. Nach Ausführungen über den Stand der revolutionären Bewegungen in Italien, Frankreich, Irland und Indien erklärte Sinowjew, daß es vollkommen falsch sei, diese Entwicklung so aufzufassen, als ob die revolutionäre Welle wieder zurückgeebbt sei. Das Gegenteil sei vielmehr der Fall. Nach dem dritten Weltkongreß sei es in Deutschland, England, Polen und in anderen Ländern zu umfangreichen Streikbewegungen gekommen, in deren Verlauf die kommunistischen Parteien erfolgreich zu wirken vermochten.

Radek erstattete Bericht über seine Verhandlungen mit den Vertretern der Internationale 2½ Ledebour und Adler. Es sei von einer gemeinsamen Konferenz die Rede gewesen, auf der eine Mindestzahl jener Fragen beraten werden sollte, die gegenwärtig für das internationale Proletariat von besonderer Wichtigkeit seien. Diese Fragen seien: die deutsche Wiedergutmachung, die Anerkennung der Sowjetregierung, der Achtstundentag, die Arbeitslosigkeit. Die Vertreter der Internationale 2½ waren mit dieser Tagesordnung einverstanden, doch scheiterte der Plan an der Gewerkschaftsfrage, da Amsterdam sich weigerte, mit der Roten Gewerkschaftsinternationale zu verhandeln. Adler habe erklärt, daß die deutschen Mehrheitssozialisten vielleicht selbst in dem Falle nicht an einer internationalen Konferenz teilnehmen würden, wenn ein dahingehender Beschluß der 2. Internationale gefaßt würde. Die englische Arbeiterpartei habe ihre Teilnahme versprochen.

*

Zu diesen Ausführungen ist zu bemerken, daß der österreichische Genosse Adler nicht berechtigt war, für die deutsche Sozialdemokratie Erklärungen abzugeben. Die Partei hat sich vielmehr mit einer gemeinsamen Konferenz der drei Internationalen einverstanden erklärt. Wenn die Kommunisten der Auffassung sind, daß sie aus den Kämpfen in Deutschland erfolgreich hervorgegangen sei, so scheint ihnen das Verständnis für das Wort „Erfolg" abhanden gekommen zu sein. Aber die deutschen Kommunisten buchen es als Erfolg, wenn sie ihre Partei von 500 000 Mitgliedern auf keine 200 000 heruntergewirtschaftet haben. Dächten wir nicht an die betrogenen Arbeiter, die für die Fehler der kommunistischen Führer büßen müssen, so würden wir der KPD. weiter solche Erfolge wünschen.

Die ehemalige Gewehrfabrik als neues Industrieviertel.

Die Gebäude der ehemaligen Gewehrfabrik, die dem Freistaat zugesprochen worden sind, will der Senat zur Einrichtung neuer Industrien freigeben und die vorhandenen Gebäude an einzelne Firmen verpachten. Bereits seit etwa zwei Jahren ist ein Teil der Gebäude pachtweise vergeben und ist man jetzt darangegangen, auch die übrigen Gebäude, die bereits leer stehen bezw. noch geräumt werden, ebenfalls zu verpachten. Maßgebend für die Verpachtung waren für den Senat dabei zwei Gesichtspunkte. Einmal mußte daran gedacht werden, Industrien nach Danzig zu ziehen, deren Produkte bisher im Freistaat noch nicht hergestellt wurden und auf denen ein hoher Einfuhrzoll liegt, zum andern Male mußte versucht werden, solche Industrien zu gewinnen, die auf verhältnismäßig kleinem Raum eine große Anzahl von Arbeitskräften beschäftigen und somit die Arbeitslosigkeit im Freistaat vermindern bezw. beseitigen helfen.

Seit zwei bis 3 Jahren befinden sich folgende Firmen in der Gewehrfabrik:

Die Firma „Hellas", eine Zweigniederlassung der Dresdener Zigarettenfabrik Jasmatzi, die allein drei Stockwerke des Gebäudes „B" der Gewehrfabrik mit insgesamt rund 7000 Quadratmeter Fläche für ihren Betrieb benutzt. Die Fabrik ist mit den modernsten Einrichtungen der Zigarettenindustrie ausgestattet und stellt neben der eigentlichen Zigarette auch Kartonnagen, Zigarettenhülsen, Etiketts und sämtliche für die Zigarettenindustrie nötigen Gegenstände selbst her. Sie beschäftigt zurzeit rund 250 Angestellte, Arbeiter und hauptsächlich Arbeiterinnen und hofft diese Zahl nach der Oeffnung der Danzig-polnischen Wirtschaftsgrenze noch um mindestens 100 zu erhöhen.

Im Nachbargebäude hat die ebenfalls bekannte Zigarettenfabrik Garbaty einen ebenso musterhaften, allerdings etwas kleineren Betrieb eingerichtet. Auch sie hofft die Zahl ihrer Angestellten und Arbeiter nach Oeffnung der Wirtschaftsgrenze auf 100 bis 150 Personen erhöhen zu können.

Das an der Weidengasse gelegene Fabrikgebäude „F" ist von der Firma Gutschow u. Co. gepachtet, die dort eine Rechenmaschinenfabrik eingerichtet hat, die einen mustergültigen Betrieb darstellt. Nachdem die Leitung der Firma längere Zeit mit verhältnismäßig wenig Kräften an dem Modell einer modernen Rechenmaschine, die wohl allen Anforderungen entsprechen dürfte, gearbeitet hat und dieses Modell nunmehr fertiggestellt ist, schreitet der Betrieb rasch vorwärts. Heute beschäftigt die Firma bereits 150 Angestellte und Arbeiter, unter denen sich ein großer Teil der Arbeiter der früheren Gewehrfabrik befindet, da es sich um mechanische bzw. feinmechanische Arbeiten handelt, wie sie in der Gewehrfabrik früher ausgeführt wurden. Da die Firma Gutschow u. Co. dem Senat den Beweis erbracht hat, daß das Unternehmen sich ständig vergrößert, hat dieser sich entschlossen, der Firma noch den größten Teil des Nachbargebäudes mit drei Stockwerken zur Verfügung zu stellen, damit sie ihren Betrieb weiter ausbauen kann. Es ist damit zu rechnen, daß die Rechenmaschinenfabrik Gutschow u. Co. in absehbarer Zeit etwa 500 Leuet beschäftigen wird.

Die Danziger Firma Viktor Litzau hat in der Gewehrfabrik eine neue Werkstatt eingerichtet, in der in der Hauptsache nautische Instrumente, Kompasse und dergleichen gearbeitet werden. Daneben betreibt sie eine Schleiferei für optische Gläser. Sie beschäftigt bereits etwa 40 Arbeiter und wird ihren Betrieb ebenfalls noch vergrößern, nachdem sie sich genügend Spezial-Arbeitskräfte herangebildet hat. Daneben wird zurzeit eine Werkstatt für Armaturen sowie eine Verzinnerei und Verzinkerei eingerichtet, daran schließt sich eine kleine Tischlerei, die hauptsächlich Alt-Danziger Möbel mit Bildhauerarbeit herstellt.

Zu den genannten Firmen, die bereits seit längerer Zeit ihren Betrieb in der Gewehrfabrik haben, sind neuerdings folgende hinzugekommen:

Die Danziger Schokoladenfabrik, die das Gebäude „C" gepachtet und vollkommen neu ausgebaut hat. Sie wird neben der Schokolade auch Marzipan, Keks und die verschiedensten Konfitüren herstellen. Der Betrieb wird bereits in den nächsten Tagen zunächst mit 50 Arbeitern und Arbeiterinnen aufgenommen und soll in Kürze auf 200 gebracht werden.

Die Fa. C. F. Foth, Berlin beschäftigt sich ähnlich wie die Fa. Litzau, mit der Herstellung optischer Instrumente. Sie stellt Prismen-Ferngläser her, die hauptsächlich nach dem Auslande exportiert werden. Da die Firma hier im Freistaat für ihre Winterigen, feinmechanischen Arbeiten Spezialarbeiter nur schwer bekommt, muß sie sich ihr Personal allmählich heranziehen. Sie hat den Betrieb zunächst mit etwa 10 Mann aufgenommen und wird ihn später auf etwa 30 bringen.

Die Danziger Firma Groth u. Budzinski wird sich in ihrer neu einzurichtenden Werkstatt im Gebäude „A" der Gewehrfabrik mit der Herstellung künstlicher Glieder nach einem neuen Patentverfahren beschäftigen. Im Interesse der Danziger Kriegsbeschädigten ist die Einrichtung einer derartigen Fabrik sehr zu begrüßen.

Großes Interesse für die Allgemeinheit dürfte es haben, daß auch eine Schuhfabrik in der Gewehrfabrik eingerichtet werden wird. Die Verhandlungen hierüber sind noch nicht ganz abgeschlossen, jedoch ist die Einrichtung der Fabrik so gut wie sichergestellt. Es wird neben dem gewöhnlichen Schuhwerk auch vor allen Dingen gutes Rahmenschuhwerk hergestellt werden. Die neu eingerichtete Fabrik wird mit einer oder mehreren der bekannten großen deutschen Schuhfabriken zusammen arbeiten. Die Zahl ihrer Arbeiter dürfte nach einiger Zeit etwa 200 betragen.

Auch Damen- und Herrenhüte, auf denen bekanntlich ein überaus hoher Einfuhrzoll ruht, sollen künftig in der Gewehrfabrik hergestellt werden. Die Verhandlungen mit einer großen Hutfabrik sind so gut wie abgeschlossen. Die neu einzurichtende Fabrik erhält einen Flächenraum von etwa 2500 Quadratmeter zu ihrer Verfügung. Da die notwendigen Maschinen bereits beschafft sind, ist damit zu rechnen, daß der Betrieb bereits in einigen Monaten aufgenommen sein wird.

Die bekannte Bielefelder Fabrik von Dr. Oetker wird aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls in Danzig eine Filiale einrichten und ihre bekannten Nährmittelpräparate hier herstellen.

Auch einer der ältesten Danziger Tabakfabriken sollen Räume zur Verfügung gestellt werden zur Einrichtung einer Zigarrenfabrik, die rund 100 Arbeitern und Arbeiterinnen Beschäftigung geben wird.

Die Danziger Siemensgesellschaft wird eine eigne Werkstatt einrichten, in der die mannigfachsten Erzeugnisse der Elektrotechnik hergestellt werden sollen. Auch sie wird gegen 50 Arbeiter beschäftigen.

Etwa 1500 Quadratmeter Fabrikraum sollen an eine der größten Stahlfederfabriken verpachtet werden, die in Danzig Stahlfedern, Federhalter und die zu dieser Industrie gehörigen sonstigen Artikel herstellen wird. Auch diese Fabrik will zunächst mit etwa 50 Arbeitern beginnen und später 100 Arbeiter beschäftigen.

Der südöstlich der Schlachthofbahn gelegene Teil der Gewehrfabrik ist ganz besonders gut für Errichtung einer Fabrik geeignet, da er von den anderen Teilen vollkommen abgeschlossen ist. Der Senat verhandelt seit längerer Zeit mit der bekannten chemischen Fabrik von Heydn in Dresden-Radebeul, die hier einen Filialbetrieb einrichten wird. Die Verhandlungen sind soweit gediehen, daß man wohl mit aller Bestimmtheit damit rechnen kann, daß die genannte Firma den geplanten Betrieb hier einrichten wird, sie wird sich neben der Herstellung von Stützstoff mit der Erzeugung der verschiedensten pharmazeutischen Präparate befassen und ohne Zweifel eine Belebung der Danziger Industrie in vieler Hinsicht herbeiführen. Der Ruf der genannten Firma ist eine Bürgschaft dafür, daß der neu einzurichtende Betrieb in jeder Weise mustergültig ausgebaut werden wird.

Zuletzt sei noch eine Fabrik erwähnt, die sich mit der Herstellung von Leim auf kaltem Wege, Firnissen, Farben, Lacken usw. befassen wird. Sie wird von Danziger Geschäftsleuten geführt. Ihre Arbeiterzahl wird zunächst etwa 50 sein und sich nach einiger Zeit auf etwa das Doppelte erhöhen.

Wenn die Einrichtung neuer Fabrikbetriebe heutzutage auch infolge der schwierigen Transportverhältnisse und der Verzögerung in der Lieferung von Maschinen mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, so kann man doch damit rechnen, daß spätestens in etwa Jahresfrist sämtliche aufgeführten Fabriken ihren Betrieb in vollem Umfange eingerichtet haben werden. Man kann die Zahl der dann in der ehemaligen Gewehrfabrik beschäftigten Arbeiter selbst bei vorsichtiger Schätzung, auf etwa 1800—2000 annehmen.

Wegen der Verwertung der Artilleriewerkstatt steht der Senat zurzeit noch in Verhandlungen. Es wäre verfrüht, wenn man heute schon Näheres über den dort einzurichtenden Betrieb ausführen würde.

Trotzki rüstet nicht ab.

Der vierte Jahrestag der Schaffung der Roten Armee wurde mit einer großen Parade begangen. In einer Massenversammlung im großen Theater führte Trotzki aus, es sei möglich, daß die internationalen Beziehungen Rußlands im Frühjahr komplizierter würden. Das Proletariat müßte sich also vorbereiten, einen etwaigen Schlag zu parieren. Jede Woche der Verschiebung der Genuaer Konferenz sei für die Rote Armee eine Lehr- und Vorbereitungswoche. Auch die Zeit, die Rußland notgedrungen auf dem Gebiete der Diplomatie verliere, müsse durch die Stärke der Armee eingeholt werden. Am 1. März dürfe in der russischen Armee kein Analphabeth mehr vorhanden sein. Trotzki schloß mit den Worten: Wir wollen siegen. Wir haben fest beschlossen, uns zum Kampfe vorzubereiten, wenn man uns etwas aufhalst und wir gezwungen werden zu kämpfen.

Moskauer Blättern zufolge erklärte Manuliskij, die Sowjetregierung werde eine Herabsetzung der Roten Armee unter keinen Umständen zulassen. Auch die Sowjet-Ukraine wolle weder ihre Rote Armee verringern, noch den Ententestaaten eine wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine gestatten. Die russische Sowjetregierung werde sich zur Zahlung der Vorkriegsschulden nur verpflichten, wenn das Kapital der westlichen Staaten am Wiederaufbau Rußlands und der Ukraine teilnehme.

Rückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland.

Die gesamte amerikanische Besatzung wird aus dem Rheinland, so jetzt aus Mayen und auch aus Andernach, zurückgezogen. Es verbleiben nur noch in Koblenz-Ehrenbreitstein amerikanische Truppenteile.

Ersparnisse infolge der Abrüstung.

Wie „Chicago Tribune" aus Washington meldet, wird die infolge der Abrüstung zu erzielende Ersparnis des amerikanischen Staatsschatzes nach Schätzung der amerikanischen Sachverständigen in den nächsten 15 Jahren fünf Milliarden betragen.

Die Dampfer mit Lebensmittel für Rußland. Die nach den russischen Häfen bestimmten mit Lebensmitteln beladenen amerikanischen Dampfer, die durch die Eisschwierigkeiten auf der Ostsee und im Nordostseekanal nach Cuxhaven und Hamburg eingelaufen waren, setzen sich jetzt wieder in Bewegung, um ihre Ladungen so schnell wie möglich an Ort und Stelle zu bringen. Es befinden sich gegenwärtig 30 Dampfer in dieser Fahrt, die sämtlich dem amerikanischen Shipping Board gehören. Von Hamburg sind die beiden amerikanischen Dampfer „West Hatala" und „Eastern Croß" nach Rußland abgedampft.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 52 | Donnerstag, den 2. März 1922 | 13. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Der Junge hat geraucht.

Ein Straßenauflauf. Die Menschen ballen sich zusammen. Ein neugieriger Straßenbahnschaffner eilt seinem Wagen nach, der plötzlich mit dem Führer davonfährt. Andere Menschen drängen sich neu hinzu.

In der Mitte steht ein Beamter der Schutzpolizei. In der Hand ein Notizbuch, vor ihm ein zwölfjähriger Junge.

Von hinten reckt drohend ein Mann in einer Arbeitsbluse den Arm und ruft empört:

„Jetzt mischt sich die Polizei auch noch ein, wenn ein Junge mal raucht!"

Ein sehr würdiger Herr klopft dem Beamten lobend auf die Schultern und äußert sich, daß bei dem mangelnden Erziehungswillen der Eltern die Zuchtlosigkeit der Jugend nur auf diese Art bekämpft werden könne.

Andere Zuschauer diskutieren mehr über die theoretische Seite, ob das Rauchen für die Jugend so schädlich sei, daß die Polizei sich selbst in dieser Frage mobil macht.

Ein anderer, der die Familienverhältnisse des Knaben kennen muß, weist darauf hin, daß seine Mutter arbeiten muß, da der Vater im Felde fiel. Es fehle nur die Zeit für die Erziehung des Jungen.

Der Haufen vergrößert sich inzwischen immer mehr.

Ich denke daran, wie ich im gleichen Alter dieses Knaben auch das erste Mal heimlich geraucht habe und vom Vater eine tüchtige Portion ungebrannter Asche erhielt. Es war ein ziemlich niederdrückendes Ereignis für mich, das sich im stillen Familienkreise abspielte.

De Zeiten ändern sich.

Um diesen Jungen kümmern sich neben dem Schutzpolizisten jetzt schon die zweihundert Menschen.

Er hört ihre Reden über die Nützlichkeit oder Schädlichkeit des Rauchens bis hinauf zu den Fragen der Tätigkeit der Polizei, nur weil er geraucht hat. Morgen steht es schließlich in der Zeitung. Er wird zum Helden.

Die Zeiten ändern sich.

Wo bleiben die Breitlinge?

Seit etwa 14 Tagen werden Breitlinge gefangen, aber in Danzig merkt man nichts davon. Die Kleinhändler und die Verbraucher sind mit diesem Zustand unzufrieden. In der Verbraucherkammer kam die Angelegenheit gestern zur Sprache. Die Kleinhändler haben sich mit der Verbraucherkammer in Verbindung gesetzt, um gemeinsam dafür einzutreten, daß die Danziger wieder ihren altgewohnten Fisch erhalten. Das Rätsel wurde dahin gelöst, daß die großen Räuchereien im Freistaat die Breitlinge schon auf See oder am Strande aufkaufen und in Sprotten verwandeln, weil damit für sie ein besseres Geschäft zu machen ist. Diese Sprotten sogar werden dem Danziger Markt nur zum kleinen Teil zugeführt, etwa zu 10 bis 20 Prozent. Die ganze übrige Produktion geht nach Warschau, wo die reichen Leute jeden Preis zahlen, oder sonst ins Ausland. Ferner sind die Preise sehr gesteigert worden. Die Kleinhändler mußten den Großhändlern bisher 4,60 Mk. für das Pfund Sprotten zahlen, und sie sollen jetzt 7 Mk. zahlen und für 8 Mk. verkaufen. Die Verbraucherkammer soll dahin vorstellig werden, daß wieder die frischen Breitlinge in erster Reihe auf den Markt kommen und daß dann Danzig ausreichend mit Sprotten versorgt wird. Ferner sollen sich die Preise, den Fischerpreisen entsprechend, in angemessenen Grenzen halten.

Gelegenheit macht Diebe. Der Arbeiter H. K. in Neuteich benutzte die Gelegenheit eines Brandes bei einem dortigen Kaufmann, um ein Faß Margarine zu stehlen. Er blieb aber nicht unentdeckt und stand nun vor dem gemeinsamen Schöffengericht. Das Gericht verurteilte ihn wegen Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis. Der Verurteilte wollte die Strafe sofort verbüßen, um zur Ernte wieder frei zu sein. Dieser Wunsch konnte ihm aber nicht erfüllt werden, da auch im Gefängnis Wohnungsnot herrscht und man hier auf der Dringlichkeitsliste stehen muß, um sofort Unterkommen zu erhalten.

Der Grenzverkehr nach Aufhebung der Wirtschaftsgrenze.

Berechtigte Wünsche der Verbraucherkammer.

Die Verbraucherkammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Oeffnung der Wirtschaftsgrenze zwischen Danzig und Polen. Nach Oeffnung der Grenze wünschte man auch von allen Grenzschwierigkeiten befreit zu werden, damit man nicht ständig in Furcht leben muß, die Grenze unerlaubt zu überschreiten. Unangenehm ist auch der Paßzwang. Früher erhielt man einen Perlonalausweis für 8 Mark, jetzt aber muß man sich einen Paß für 18 Mk. lösen, wenn man nach Gluckau gehen will. Die Wünsche wurden in folgender Entschließung zusammengefaßt: Die Verbraucherkammer bittet den Senat, bei den Verhandlungen mit der polnischen Regierung dahin zu wirken, daß nach Oeffnung der Wirtschaftsgrenze mit Polen auch der Paßzwang zwischen beiden Staaten aufgehoben wird, mindestens für den Verkehr zwischen Danzig und den Nachbarkreisen Neustadt, Karthaus, Berent, Stargard und Dirschau. Ferner möge erwirkt werden, daß der Verkehr über die Grenze auf allen Straßen erfolgen kann. Eine Verteuerung des Zuckers aber wolle man unbedingt ablehnen, da der Zucker kein Genußmittel, sondern ein Volksnahrungsmittel ist.

Haben unorganisierte und „falsch" organisierte Arbeiter Anspruch auf Tariflöhne?

Diese Frage hat der deutsche Reichsarbeitsminister im verneinenden Sinne entschieden. Ursache zu dieser Entscheidung gaben unorganisierte Berliner Metallarbeiter. Bekanntlich besteht in Berlin ein sogenannter „Metallkartell", d. i. eine Arbeitsgemeinschaft aller freien Gewerkschaften in der Berliner Metallindustrie, die geführt wird durch den Deutschen Metallarbeiterverband, der mit dem Verbande Berliner Metallindustrieller einen für die gesamte Metallindustrie gültigen Tarifvertrag abgeschlossen hat. In einem Betriebe wurden Unorganisierte nicht nach diesem Vertrage bezahlt, und sie forderten von dem Betriebsrat, daß er dafür sorge, daß auch sie, die Unorganisierten und „Falsch"-Organisierten, das sind solche Arbeiter, die Gewerkschaften angehören, die nicht zum „Metallkartell" gehören, nach dem Tarif bezahlt werden. Diese Zumutung lehnte der Betriebsrat ab mit der Begründung, daß Nutznießer der Tarifverträge nur diejenigen Arbeiter sind, die einem Verbande angehören, der Tarifträger ist. Auf die Beschwerde entschied der Arbeitsminister wie folgt:

„Die Mitglieder der Betriebsvertretungen haben in Erfüllung der gesetzlich ihnen obliegenden Pflichten die Beschwerden aller Arbeitnehmer, gleichviel, ob sie überhaupt einer Gewerkschaft oder welcher Richtung sie angehören, gemäß § 78 Ziffer 4 B.R.G. zu untersuchen und auf ihre Abstellung zu gemeinsamer Verhandlung mit dem Arbeitgeber hinzuwirken.

Jedoch kann aus dieser Aufgabe der Betriebsräte nicht der Schluß gezogen werden, daß den Arbeitnehmern, die überhaupt keinem Verbande oder einem am Tarifvertrage nicht beteiligten Verbande angehören, Ansprüche aus diesem Vertrage zustehen, sofern dieser nicht für allgemein verbindlich erklärt worden ist."

Damit ist entschieden, daß Unorganisierte, Gelbe usw. auf Tariflöhne keinen rechtlichen Anspruch haben. fa.

Die Gastwirtschaftsangestellten vor neuen Kämpfen.

Bevorstehende Kündigung des Tarifvertrages.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten hielt am Montag eine Versammlung im Gewerbehaus ab, die von etwa 600 Angestellten besucht war, und in der eingehend zu dem abgeschlossenen Tarifvertrag Stellung genommen wurde. Kollege Stegmann wies darauf hin, daß das getätigte Abkommen nicht den notwendigsten Bedürfnissen der Angestelltenschaft Rechnung trägt. Aus diesem Grunde sei es notwendig, eine Kündigung des Tarifvertrages vorzunehmen, um bessere Einkommensverhältnisse zu schaffen. Ganz besonders wies er darauf hin, daß eine Reihe von Arbeitgebern, u. a. auch der Pächter vom Reichshof die Nachzahlung der tarifmäßigen Löhne verweigert. Es wird Aufgabe der Angestelltenschaft sein, die Nachzahlung durchzusetzen. Sollten sich weitere Schwierigkeiten ergeben, so müssen die zuständigen Instanzen darüber entscheiden. Immer wieder kann man feststellen, daß auf Seiten der Arbeitgeber eine direkte Sabotage an den vereinbarten Lohn- und Arbeitsverhältnissen vor sich geht. Eine Reihe von Unternehmern mußte vor den Kadi zitiert werden, um den Angestellten zu ihrem Recht zu verhelfen. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Spill und Kloßowski. Auch ein Vertreter des christlichen Bundes namens Schütze meldete sich zum Wort. Er meinte, die Angestellten sollten sich in ihren Ansprüchen bescheiden. Sie könnten unter keinen Umständen den Arbeitgebern zumuten, den Arbeitnehmern eine Bezahlung zu gewähren, welche ihnen die Existenzmöglichkeit gewährleistet. Er war der Ansicht, daß die Unternehmer über das Wohl und Wehe der Angestellten endgültig zu bestimmen hätten und diese sich mit den Brosamen, welche von der Herren Tisch fallen, abzufinden haben. Die Versammlung war einmütig der Ansicht, daß eine „Interessenvertretung", wie diese Richtung es durch den Mund ihres Vertreters zum Ausdruck brachte, für sie nicht in Frage kommen könne, sondern nur der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten.

Aus der Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Fälle immer mehr in Erscheinung treten, in denen Arbeitgeber des Gewerbes Betriebe zu Bankzwecken verkaufen, und damit die Arbeitslosigkeit der Angestellten ständig gesteigert wird. So ist u. a. erst vor wenigen Tagen das bekannte Restaurant „Ratsstube" (Bodenburg) an die Diskonto-Bank verkauft worden, wobei der Inhaber, Herr Parschau, eine Million verdient haben soll. Die Verbandsleitung wurde beauftragt Schritte bei der Regierung zu unternehmen, um diesen wilden Verkäufen einen Riegel vorzuschieben.

In seinem Schlußwort empfahl Kollege Stegmann, die Kündigung des Tarifvertrages im Interesse der gesamten Einigkeit auf vier Wochen zurückzustellen und die Kündigung des Tarifvertrages am 1. April d. Js. vorzunehmen. Eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Gastwirtschaftliche Angestellte und nun an die Arbeit. Sorgt dafür, daß in dieser kurzen Spanne Zeit eure Organisation soweit ausgebaut wird, daß ihr den kommenden Kämpfen mit Ruhe entgegensehen könnt, um so zum Siege für eure gerechten Forderungen zu kommen.

Ich bin das Schwert!

Roman von

Annemarie von Nathusius.

(51.) (Fortsetzung.)

Aber immer wieder sehnte ich mich nach Menschen. Die Einsamkeit erschien mir schwer und bitter. Meine Seele dürstete nach einem Freunde. Einem, der keine Wünsche hatte, es sei denn der eine, mich bei sich ausruhen zu lassen. Einen Freund, der meinen Körper nicht sah, der nur meine Seele liebte. Eine Freundin vielleicht — eine, welche sich von den Schatten, den letzten Schatten aller Sklaverei befreit hatte und ein kühnes, neues, eigenes Leben lebte. Eine, die ihre Arme ausgebreitet hätte: „Ich sah dich schon! Irgendwo bist du mir begegnet, du meine Hoffnung, meine Sehnsucht, mir verwandt, meine Schwester du!"

Türmer schrieb, er bot mir sein Haus an, er fragte, ob er nach Berlin kommen sollte, ob wir für kurze Zeit eine Winterstation aufsuchen wollten, aber ich lehnte alles ab. Ich fürchtete mich vor seinen hungrigen und traurigen Augen, vor seiner Haltung, die mich quälte. Und mir graute vor dem Gedanken, es könne auch hier ein Riß entstehen, der mir noch diesen Freund verschlang.

Er mußte entstehen, wenn wir viel zusammenkamen.

Meinen Roman hatte ich an verschiedene Zeitungen geschickt. Lisette aber mußte meinen Pelz verkaufen, weil wir das Honorar nicht abwarten konnten. Unsere Barschaft war da Ende. Die erzielte Summe, dreitausend Mark, erschien mir riesenhaft und mußte von ewiger Dauer sein.

Der Frühling kam — matt, grau, unschlüssig. In der Dämmerung erst ging ich hinaus. Die laue Luft entfachte Reisesehnsucht, doch ich bekämpfte sie. Wenn der Roman verkauft war! Aber er wanderte von Redaktion zu Redaktion. Meine Enttäuschung wuchs und machte mich arbeitsunfähig. Stundenlang saß ich ganz still mit verschlungenen Händen. Endlich begannen meine Augen zu tropfen, langsam erst, dann immer schneller und reichlicher. Bis mein ganzer Körper in Schluchzen bebte.

Eine Freundeshand, ein warmes Wort! Aber das eisige Schweigen erdrückte mich. Die Einsamkeit der Seele, diese völlige, restlose, fast hoffnungslose Stille zermalmte mich. Die Nächte waren wie ein dunkles Tor, eine schwarze Schlucht, durch die ich mußte. Ich horchte in den Kissen. Höhnend grinste die Vergangenheit: „Sklavin, Sklave, Tier, Gefesselte" — zischte ihre boshafte Zunge, „sehnst du dich zurück?"

„Nein", schrie ich, „nein!"

Aber die Erinnerung lächelte. Wieder sah ich die Sonne auf dem Lido glänzen und eine Stimme, die vor Zärtlichkeit bebte, beherrschte mich. Ihr Ton hatte mein Herz tiefer getroffen, als alle Choräle der Kirche. Ich hatte an sie geglaubt, mit der Bitterkeit der Erfahrung im Herzen hatte ich an sie geglaubt, wie an die Segnungen der Kirche. Vorüber! Es war nur ein Verrat mehr gewesen, weiter nichts.

Die Tage kamen und gingen in freudlosen Gewändern. Nun blühte bald der Ginster in Falkenhain. Die Abhänge waren übersät von gelben Flammenblumen, die wie Bernstein schimmerten. Die Birken standen in ihrem zarten Grün, an allen Wegen im Park dufteten die Narzissen. Und alle Fenster standen weit auf, die weißen Mullgardinen blähten im Winde, der von Süden kam. Er heulte nicht mehr winterlich, dieser Wind, er klang wie eine von zärtlichen Händen gerührte Harfe. Er lockte hinaus in Wald und Feld, wie ein Spielmann, der zum Tanze ruft.

Ich riß das Fenster auf. Müde Pferdehufe klapperten, gleichgültige Menschen hasteten vorüber, Menschen, die nichts spürten vom Frühlingswehen, Automobilhupen drohten und Radfahrerklingeln zeterten. Das sausende, dröhnende Summen der Riesenstadt, der kalten, herzlosen Steinwüste verschlang das blumenhafte Sehnen der Seele, das werdende Lebenslied übertönte die süße Melodie von Heimat und Stillesein. Wie von Frost geschüttelt wandte ich mich zurück in den Sessel am Ofen, in die dunkle Ecke und starrte vor mich hin.

Meine Traurigkeit schwoll an wie ein Meer.

Lisette kam hereingeschlichen und ging wieder. Oft am Tage sah sie nach mir. Einmal brachte sie Halftan herein.

Er hatte die Privatstelle aufgegeben und fuhr für ein Automobilgeschäft.

Er schlug mir vor, seinen Wagen zu mieten und er brachte mir Maiblumen, die Mutter Kersten im Walde gesammelt hatte. Seine Augen blickten gut und demütig, wie die eines zugehörigen Hundes.

„Du bist die Herrin", sagten diese Augen mit dem Samtton der braunen Stiefmütterchen.

„Ich bin doch nicht ganz verlassen", dachte ich.

Und diese beiden Armen im Geiste wurden mir ein gewisser Trost.

Einigemale fuhr ich mit Halftan und saß bei ihm vorne im Winde. Das erfrischte mich wohl — aber nur für die Dauer der Fahrt.

Meine Arbeit kam auch von der letzten Zeitung, auf die ich Hoffnung gesetzt hatte, zurück.

* * *

Es war Sommer geworden. Lisette füllte die Vasen mit Rosen.

„Heute vor einem Jahr zogen wir ein", sagte sie.

Ich erschrak. Was hatte mir dieses Jahr gebracht? Für das Gute, das ich getan, lastete die Feindschaft der Menschen auf mir wie ein Gericht. Die Früchte meiner Arbeit fielen auf Stein und Sand. Die Einsamkeit verdorrte mein Herz. Die Traurigkeit vernichtete meine Kraft. Auch der große Romantiker Zarathustra tröstete mich nur noch in den Stunden, da ich ihn las.

In diesen Tagen geschah es, daß Lisette an einem Nachmittag mit verweinten Augen ins Zimmer trat, eine Zeitung in der Hand.

Ich wußte sofort, daß alles mich betraf und fuhr auf, wie aus dumpfem Traum geweckt.

Dort stand in kurzen Sätzen, daß der Herr auf Falkenhain, Major und Johanniterritter Christian von Falkenhain heute nacht, vom Schlage getroffen, gestorben sei, ohne das Bewußtsein zurückerlangt zu haben.

Mir kein Wort, kein Telegramm. Aus der Zeitung erfuhr ich den Tod meines Vaters, meines Feindes, der mich von der Heimat verbannt hatte.

Erschüttert starrte ich auf die kalten nüchternen Worte, die wie Posaunen mein Innerstes trafen. Nun hatte ich die Heimat erst ganz verloren, keine Hand würde sich öffnen, mich dahin zurückführen. Nie mehr konnte ich meinen Vater überzeugen von der Lauterkeit meines neuen Weges, meiner Hoffnungen und Arbeiten.

(Fortsetzung folgt.)

Böse Menschen haben keine Lieder. Der Schiffszimmermann L. und seine beiden Söhne tranken sich einen Rausch an und wandelten heimwärts. Da sie in Stimmung waren, sangen sie. Die Polizei wies sie zur Ruhe, aber das hielt nicht vor, sie sangen in unbezähmbarem Drange wieder. Sie wurden nochmals zur Ruhe verwiesen und nach der Legitimation gefragt, die sie verweigerten. Darauf wurden sie festgenommen, doch bei der Abführung leisteten sie Widerstand. Sie sollen sogar eine Gefangenenbefreiung versucht haben, indem sie den Beamten zuredeten, von der Festnahme abzusehen. Nun standen sie vor dem gemeinsamen Schöffengericht, das sie wegen der Anklage der Gefangenenbefreiung freisprach. Wegen Widerstandes wurden Georg und Gustav L. zu je 30 Mark Geldstrafe verurteilt, Franz L. erhielt 360 Mark Geldstrafe wegen Widerstandes und Beleidigung.

Der Eisenbahnverkehr durch den polnischen Korridor. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Steffens und Genossen über den unzuverlässigen Zugverkehr durch den polnischen Korridor an den preußischen Landtag hat jetzt der Reichsverkehrsminister folgende Antwort erteilt: Während die den polnischen Korridor durchfahrenden Personenzüge im allgemeinen und bis auf wenige Ausnahmefälle pünktlich verkehren, ist dies bei den Schnellzügen nicht der Fall, wenngleich eine Besserung in letzter Zeit nicht zu verkennen ist. Die polnische Verwaltung wurde bei jeder Gelegenheit und wiederholt ersucht, die Züge in den vereinbarten Fahrplänen durchzuführen. Im besonderen dürften die ungünstigen Verhältnisse der Weichselbrücke bei Thorn Anlaß zu Verspätungen geben. Der Zugverkehr durch den polnischen Korridor regelt sich nach den zwischen der deutschen und der polnischen Regierung getroffenen vorläufigen Vereinbarungen, dem sogenannten Warschauer Provisorium. Auf die Beseitigung der Zugverspätungen wird mit allen Mitteln hingewirkt. Der polnischen Staatsbahndirektion in Danzig werden monatlich Nachweisungen über die Verspätungen mit dem Ersuchen übersandt, für Beseitigung der Ursachen zu sorgen.

Die Neuwahl der Tiegenhofer Stadtverordneten-Versammlung.

ist auf Sonntag, den 2. April d. Js. anberaumt worden. Die Wählerliste liegt von Sonnabend, den 4. März, ab 8 Tage lang im Magistratsbureau während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Danziger Staatsangehörigen, die 20 Jahre alt und bis zum 2. April d. Js. in Tiegenhof ortsanwesend sind. Wir fordern alle Genossen und Arbeiterwähler mit ihren Frauen auf, sich restlos davon zu überzeugen, ob sie in der Wählerliste eingetragen sind. Nur der kann am Wahltage seine Stimme abgeben, der richtig eingetragen ist.

Die Parteien haben mit ihren Wahlvorbereitungen begonnen. Das Zentrum hat seine Liste bereits aufgestellt. Sie wird wieder vom Pfarrer Spohn geführt. Eine Listenverbindung mit andern Parteien will das Zentrum nicht eingehen. Es besteht im bürgerlichen Lager jedoch die Absicht, eine gemeinsame Liste aufzustellen. Die „Deutsche Partei" und die „Deutschnationalen" wollen aus diesem Grunde von eigenen Listen absehen. Für die Anhänger der Sozialdemokratischen Partei ergibt sich daraus, die Frist bis zum Wahltage zur restlosen Aufklärungsarbeit auszunutzen, damit die Absicht der vereinigten Bürgerlichen, die Arbeiterschaft aus dem Stadtparlament fernzuhalten, zunichte gemacht wird.

Tiegenhof. Ein Opfer leichtsinnigen Umgangs mit Schußwaffen. Der in der Entwässerungsmühle Petershagen beschäftigte 60jährige Arbeiter Kornowski hat infolge unverantwortlichen Leichtsinns des 17jährigen Dienstjungen Hermann, der gleichfalls in der Mühle beschäftigt ist, seinen Tod gefunden. Der Junge fand eine Flinte und legte diese im Glauben, daß sie nicht geladen wäre, auf den Arbeiter an. Als er abdrückte, drang die Ladung dem Arbeiter so unglücklich mitten ins Gesicht, daß er tot zusammenbrach.

Aus dem Osten.

Marienwerder. Vom Zuge erfaßt und getötet wurde die 34 Jahre alte Frau des Schweizers Stephan aus Bialken. Sie mußte den Bahnübergang überschreiten. Sie fand jedoch die Schranke verschlossen und, da sie es eilig hatte, umging sie die Schranke, betrat das Gleis und wurde in demselben Augenblick von dem heranbrausenden Triebwagen erfaßt und etwa fünf Meter weit fortgeschleudert. Frau Stephan hatte, da sie schwerhörig war, die warnenden Rufe des Schrankenwärters nicht vernommen. Man fand sie mit schwerer Kopfverletzung noch lebend vor. Einige Minuten später verstarb sie.

Kurzebrack. Die Eisbrecher trafen im Laufe des gestrigen Nachmittags auf der Weichsel bei Kurzebrack ein. Wie aus Chwalowice in Polen gedrahtet wird, hat sich dort das Eis in Bewegung gesetzt.

Ein Staudamm durchbrochen. Aus Köslin meldet unser Korrespondent: Infolge des Hochwassers der Radue, eines Nebenflusses der Persante, ist der im Bau befindliche Talsperrdamm des Stauwerks Roßnow gebrochen. Der Bahndamm in der Nähe ist stark beschädigt, so daß der Verkehr auf der Strecke Bublitz—Massow auf etwa acht Tage gesperrt worden ist.

Königsberg. Zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde der Parteisekretär Klein, weil er nach Verbot der „Roten Fahne des Ostens" am 18. Nov. v. Js. eine „Neue Zeitung" erscheinen ließ. Die „Neue Zeitung" wurde als Fortsetzung der „Roten Fahne" angesehen.

Stettin. Ueber die Erschießung des Einbrechers werden folgende Einzelheiten gemeldet: Am Montag abend gegen 7.30 Uhr bemerkte ein Einwohner, daß sich in dem unter der Wohnung befindlichen Waffengeschäft Frank Einbrecher befinden mußten. Es wurden sofort zwei Polizeibeamte gerufen. Auf die wiederholten Fragen der Beamten, ob jemand im Geschäft sei, meldete sich niemand. Der eine Polizeibeamte entdeckte jedoch hinter dem Ladentische eine Person in geduckter Stellung. Der andre Beamte rief nun: „Hände hoch oder ich schieße! Der Versteckte hielt die Hände nicht hoch, gab auch keine Antwort. Deshalb schoß der Polizeiwachtmeister Braatz über den Ladentisch hinweg auf die hinter dem Ladentisch befindliche Person. Der Schuß drang dem Manne in die linke Brust und führte sofort den Tod herbei. Der Erschossene ist ein junger Mann von etwa 16 Jahren. Seine Persönlichkeit konnte nicht festgestellt werden, da er keine Ausweispapiere bei sich führte.

Graudenz. Im Zuge beraubt und beraubt. Die Sängerin des Pommerellischen Theaters in Graudenz, Frl. Gorecka, wurde Sonnabend nacht im Personenzuge Alexandrowo—Thorn betäubt und beraubt. In Alexandrowo stieg ein Mann in das Abteil. Da das Abteil nicht beleuchtet war, kann sich die Ueberfallene nicht näherer Einzelheiten entsinnen. Sie verspürte nur kurz vor Thorn eine starke Müdigkeit, schlief ein und erwachte später erst durch den starken Luftzug, den die weit geöffnete Wagentür einließ. Ihr Handgepäck und der Reisegefährte waren verschwunden. Der Schaden beträgt etwa 500 000 polnische Mark, darunter 20 000 Mark in bar.

Bromberg. Oeffentliches Feilbieten deutscher Siedlungen. Von den den deutschen Ansiedlern abgenommenen Landwirtschaften werden jetzt in polnischen Blättern 200 ausgeboten; in den Kreisen Konitz, Tuchel und Zempelburg 120 zweispännige und 40 teils einspännige teils dreispännige Stellen, in den Kreisen Neutomischel, Wollstein und Birnbaum 80 zweispännige und 10 Arbeitersiedlungen. Die polnische Presse hebt außer der Gelegenheit zum vorteilhaften Landerwerb das polnische nationale Interesse hervor: Die Besiedlung dieser Grenzstellen mit kräftigen, zuverlässigen, polnischen Elementen.

Anklam. Die Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung hat bei einer Beteiligung von neun Zehnteln mit einem Siege der Bürgerlichen geendet. Gewählt wurden 15 Stadtverordnete der bürgerlichen Einheitsliste, 4 von der Beamtenliste, 14 der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft (S. P. D. und U. S. P. D.), 1 Demokrat und 2 Kommunisten. Damit stehen 19 bürgerliche gegen 17 sozialistische Stimmen.

Magnit. Seit Montag früh streiken sämtliche Arbeiter der hiesigen Zellstoff-Fabrik, weil die Fabrikleitung der Forderung auf Entlassung eines Streikbrechers nicht nachkommen will.

Volkswirtschaftliches.

Neue Preiserhöhungen in der deutschen Industrie. Der Roheisenausschuß des Eisen-Wirtschaftsbundes beschloß die Verkaufspreise für sämtliche Roheisensorten einschließlich Temperroheisen mit Wirkung vom 1. März d. J. um 765 Mark pro Tonne zu erhöhen. Ferner wurde beschlossen, die Verkaufspreise für Ferromangan 80prozentig um 680 Mark pro Tonne, Ferromangan 50prozentig um 795 Mk. pro Tonne zu erhöhen. — Die Vereinigung vogtländischer Kunststeinfabriken erhöht den Zuschlag ab 1. März von 80 auf 100 Prozent. — Die Vereinigung der Fensterbeschlagfabriken hat den Aufschlag auf 500 Prozent erhöht. — Die Fachgruppe Tafelgeräte und Luxuswaren des Verbandes der Deutschen Metallwaren-Industrie hat mit Wirkung vom 25. Februar eine Erhöhung ihrer Preise um 80 Prozent beschlossen. — Der Verein deutscher Farbenglaswerke erhöhte die Januarpreise um 50 Prozent. — Die Preise für Zellstoff wurden für den Monat März um durchschnittlich etwa 12 Prozent über die Februarpreise hinaufgesetzt. — Die Konvention der deutschen Erzeuger von Beleuchtungskörpern hat die bisher gültigen Teuerungszuschläge für Beleuchtungskörper in Messingausführung auf 200 Prozent, in Bleiguß auf 180 Prozent, in Eisen auf 160 Prozent erhöht. — Wie die „Frankf. Ztg." hört, steht die Anilinfarbenindustrie im Begriff, infolge der gesteigerten Kosten sowie der Mehraufwendungen für Teerprodukte eine Preiserhöhung eintreten zu lassen, die je nach Art des Fabrikats verschieden ausfällt, im Durchschnitt aber um etwa 30 Prozent sich bewegen dürfte. — Der Verband deutscher Reißzeugfabriken erhöhte den Preisaufschlag vom 20. Februar ab um 50 Prozent. — Die Fachgruppe „Blech- und Lackierwaren" des Verbandes der deutschen Metallindustrie hat mit Wirkung vom 1. März 1922 ab einen Teuerungszuschlag von 185 Prozent auf die Augustpreise beschlossen.

Deutsche Dividendenblüten. Aus der großen Zahl der jetzt veröffentlichten Abschlüsse ragen trotz aller Versuche der Aktiengesellschaften, ihre Gewinnausschüttungen möglichst unauffällig vorzunehmen, immer noch einige mit außerordentlich hohen Dividendenziffern hervor. Die Aktiengesellschaft für Verkehrswesen in Berlin bringt „nur" 50 Prozent zur Ausschüttung, schenkt aber jedem Aktionär eine Gratisaktie, deren Wert allein viele hundert Prozent beträgt. Die international syndizierte Spiegelglasindustrie kann mit noch größeren Gewinnergebnissen aufwarten. So schüttet die Glas- und Spiegelmanufaktur A.-G. in Gelsenkirchen-Schalke 80 Prozent aus gegenüber 70 Prozent im vorigen Jahre. Die nach ihren Angaben von großen Geschäftsschwierigkeiten heimgesuchte Rheinische Spiegelglasfabrik in Eckamp bei Ratingen, die sogar mehrere Monate ihre Schmelzöfen stillliegen hatte und acht Monate lang eine sehr geringe Nachfrage verzeichnete, kann gleichwohl volle 100 Prozent ihren Aktionären zur Verfügung stellen. Die großen Gewinne werden damit begründet, daß günstige Verkäufe nach dem Auslande abgeschlossen werden konnten. Die Industrie scheint also recht hohe Ausfuhrabgaben vertragen zu können.

Genossenschaftlicher Massenbau von Arbeiterhäusern in Holland. Der bekannte holländische Architekt Gulden, der dieser Tage in Berlin weilte, machte interessante Angaben über die Wohnungsnot in Holland und deren einzig mögliche Bekämpfung. Gulden ist Organisator der in ganz Holland durchgeführten Arbeiter-Bau-Vereinigungen, die sich glänzend bewährt haben. Seit 1914 hat die holländische Regierung 600 Millionen Gulden den Arbeitervereinigungen zum Bau von Arbeiterhäusern zur Verfügung gestellt, allein für das Jahr 1922 80 Millionen Gulden. Dementsprechend wird mit Hochdruck gearbeitet. In Amsterdam sind im vergangenen Jahre 4000 Wohnungen fertiggestellt; dieses Jahr sollen dort noch 5000 aufgebaut und eingerichtet werden, von denen Gulden allein 1200 übernommen hat, während er im übrigen Holland im Augenblick 10 000 Arbeiterhäuser im Bau hat. Der Typus des Arbeiterhauses hat sich im Laufe der Jahre wesentlich gebessert und ist architektonisch auf ein hohes Niveau gebracht worden.

Zeppelin-Luftverkehr über den Ozean. Der deutsche Delegierte, bei der Luftschiffahrtskonferenz in London, Major Herera, der Leiter der Organisation des Luftverkehrs, der Spanien mit Südamerika verbinden soll, hat einem englischen Blatt gegenüber einige Einzelheiten über seine Pläne mitgeteilt. Die Luftschiffe für diesen Verkehr sollen in Spanien gebaut werden und zwar unter Leitung von Ingenieuren, die der Zeppelin-Gesellschaft angehören. Es werden zwei Arten von Zeppelin-Luftschiffen gebaut; außerordentlich große, die das bekannte Luftschiff „R 34" an Abmessungen bedeutend übertreffen, für den direkten Verkehr mit Südamerika, sowie ein kleinerer Typ, der die Verbindung von Spanien und den Kanarischen Inseln aufrecht erhalten soll. Die großen Schiffe werden durch neun Motoren von je 400 Pferdestärken getrieben und sind für 40 Personen eingerichtet.

Aus aller Welt.

Dammdurchbruch der Oder bei Breslau.

In der vergangenen Nacht wurde in Treschen bei Breslau der Oderdamm in der Breite von 6 Meter durch Eismassen durchbrochen. Die Einbruchsstelle erweiterte sich später bis auf 20 Meter. Die Dörfer Treschen, Kettwitz und Neuhaus sind von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Treschen steht seit heute früh völlig unter Wasser. Mehrere Straßen nach Breslau sind unpassierbar. Zahlreiches Vieh ist in den Fluten umgekommen. Die größte Gefahr scheint allerdings jetzt dadurch als überwunden zu gelten, daß eine Grundstockung der Oder bei Bartheln durch Sprengung beseitigt worden ist.

Der Wasserstand der Oder ist der höchste seit 1903. In Oberschlesien erscheint von den oberhalb Breslau gelegenen Oderstädten Ratibor und Umgegend, wo der Wasserstand infolge einer Hochwasserrückwelle im Steigen begriffen ist, durch weitere Dammbrüche bedroht. Die Stadt Brieg scheint infolge von vorgenommenen umfangreichen Notstandsarbeiten während der letzten Tage endgültig gesichert zu sein. Bei Kandrzin wurde durch einen 800 Mtr. langen Eisberg, den die Oder mit sich führt, die Oderbrücke stark beschädigt. Bei Gleiwitz, das gleichfalls unter Hochwasser zu leiden hatte, und bei Kosel ist das Wasser, das bereits aus den Ufern getreten war, gefallen, so daß vorerst eine Gefahr nicht mehr besteht.

Das Bandenwesen in Oberschlesien. Bei einem Bauern in Dt.-Würbitz bei Kreuzburg verlangten drei Männer Einlaß. Als ihnen nicht geöffnet wurde, feuerten sie fünf Schüsse durch die Tür. Ein Sohn des Besitzers wurde tödlich getroffen, drei andere Familienmitglieder wurden verletzt. Darauf entflohen die Verbrecher — Gestern früh warfen unbekannte Täter in die Wohnung eines Bauern in Rosenberg zwei Handgranaten. Die verheiratete Tochter wurde schwer verletzt, ihr Mann getötet. Es liegt ein Racheakt vor.

Mißglückter Meuchelmord an der Schwiegermutter. Ein schweres Verbrechen, das in seinen Einzelheiten lebhaft an die Affäre Schlieffen erinnert, ist im letzten Augenblick durch die Tätigkeit der Berliner Kriminalpolizei verhindert worden. Es gelang nämlich, den früheren Oberleutnant Hans Netzold aus Dresden, der zur Ermordung seiner Schwiegermutter, einer wohlhabenden Dame aus Dresden-Briesnitz einen „Bravo" gedungen hatte, zu verhaften. Netzold war durch eigenartige Geschäfte schon seit längerer Zeit auf die schiefe Ebene geraten und wollte sich jetzt durch dieses Verbrechen in den Besitz des sehr wertvollen Schmuckes und des baren Geldes seiner Schwiegermutter setzen. Dem gedungenen Mörder war eine hohe Summe für die Ausführung des Planes versprochen worden. Dieser Mann war indessen nicht verschwiegen genug, und so erfuhr auch die Berliner Kriminalpolizei von dem fruchtbaren Vorhaben. In völliger Ueberraschung konnten Netzold und sein gedungener Helfer verhaftet werden.

Die Verfolgung eines Millionenbetrügers. Nach einer langen vergeblichen Jagd durch ganz Europa gelang es in Hamburg, den Griechen Stamati Vistis zu verhaften, der einen anderen Griechen unter dem Vorgeben, daß er Schiffsreeder sei und dem Landsmann Schiffsaktien verkaufen könne, in London rund um 12 Millionen Mark betrogen hat. Das war im Jahre 1919. Seitdem war man dem Betrüger stets auf der Spur, aber erst in Hamburg, von wo er nach Amerika flüchten wollte, konnte seine Festnahme erfolgen. In seinem Besitz waren noch 95 000 Mark; wahrscheinlich hält er jedoch noch größere Summen verborgen.

Eine deutsche Offiziersfrau unter der Anklage des Landesverrats. Das Reichsgericht in Leipzig verhandelte gegen die verehelichte Johanna Martha Prollius, geb. Müller, aus Wiesbaden, die wegen Landesverrat angeklagt war. Die Angeklagte kam mit 6 Jahren nach Transval, wohin ihre Eltern auswanderten. Mit 17 Jahren heiratete sie einen Engländer, der aber einige Zeit später verstarb. Nach dem Kriege kehrte sie nach Deutschland zurück, wo sie sich mit einem Oberleutnant in Potsdam verheiratete. Zur selben Zeit trat sie mit Engländern in Beziehungen, die unter dem Verdachte standen, Spione zu sein. Diese überredeten die Angeklagte, ihnen Nachrichten über die deutschen militärischen Verhältnisse vor und nach dem Versailler Frieden zu liefern. Wie sich nachträglich herausstellte, waren die Angaben, die sie den Engländern machte, nicht zutreffend. Aus diesem Grunde beantragte der Verteidiger Dr. Walter Jaffé aus Berlin die Angeklagte wegen dieses Verbrechens freizusprechen. Der Senat folgte diesem Antrage und verurteilte Frau Prollius nur wegen Vergehens gegen § 8 des Spionagegesetzes vom 8. Juni 1914 (Anknüpfung und Unterhaltung von Beziehungen zu ausländischen Spionen) zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und erklärte Polizeiaufsicht für zulässig. Von der Untersuchungshaft wurden 1 Jahr 2 Monat auf die Strafe angerechnet.

Ein schießlustiger Gendarm. In einer Wirtschaft in Duisburg verletzte ein belgischer Gendarm, dem nach dem bestehenden Verbot kein Kognak verabfolgt wurde, die 14jährige Wirtstochter durch einen Schuß lebensgefährlich.

Wenn die Wächter streiken . . . In Breslau traten die Wächter der Wach- und Schließgesellschaft in den Streik. Die Einbrecher machten sich diesen Streik sofort zunutze und verübten in der letzten Nacht zahlreiche Einbrüche. In den meisten Fällen wurden die Fensterauslagen der Geschäfte beraubt, nachdem die Diebe das Gitter zerschnitten und die Scheiben eingedrückt hatten. Aus einem Konfektionshaus wurden Bekleidungsstücke im Werte von 85 000 Mk., aus einem Juwelierladen Schmucksachen im Werte von 80 000 Mk. und aus vielen anderen Geschäften die ausgestellter Waren von beträchtlichem Wert geraubt.

Bestrafte Juwelenschmuggler. Das Berliner Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte die beiden Juwelenhändler aus Riga David Rummel und Viktor Kahn, die je eine wertvolle Perlenkette über die Grenze nach Deutschland geschmuggelt hatten, wegen verbotswidriger Einfuhr zu einer Woche Gefängnis und 1 200 000 Mk. Geldstrafe bezw. drei Tagen Gefängnis und 1 820 000 Mk. Geldstrafe. Die wertvollen Ketten wurden als dem Reichsfiskus verfallen erklärt.

Danziger Nachrichten.

Der Kampf um das Erwerbslosenfürsorgegesetz.

Umfall der Blockparteien. — Die Scharfmacher dirigieren.

Die Befürchtungen, die der Redner der sozialdemokratischen Fraktion bei der Zurückverweisung des Erwerbslosenfürsorgegesetzes an den Sozialen Ausschuß geäußert hat, haben sich als zutreffend erwiesen. Die Blockbrüder, Deutschnationale, Deutsche Partei und Zentrum, entmannen sich selbst und stoßen ihre ersten Beschlüsse wieder um. Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Ausschusses verlangte ein Redner der Linksparteien eine Begründung für die abermalige Beratung im Ausschuß. Die Vertreter der Blockparteien, voran der Zentrumsmann Gaikowski, der Aucharbeiter der Demokraten Arndt, Dr. Eppich und der immer arbeitslose deutschnationale Baurat der Plehnendorfer Werft, Foß, schwiegen sich „mutig" aus. Ein Redner der Linksparteien zwang sie jedoch Farbe zu bekennen, indem er erklärte, daß die Blockbrüder nur auf Geheiß von Noé, Klawitter und Schichau zu Kreuze kriechen. Dies gab dann auch der redseelige Zentrumsmann Gaikowski in einer entrüsteten Rede unumwunden zu.

Bei Beratung des § 7 (Zahlung von Erwerbslosenunterstützung bei Aussperrungen) zeigte es sich denn auch, worauf es Noé, Klawitter und Konsorten abgesehen haben. Der § 7 lautete:

nach der letzten Fassung des Ausschusses:

„Die Unterstützung ist nicht zu gewähren, wenn die Arbeitslosigkeit durch Ausstand oder begründete Aussperrung insbesondere wegen Vertragsbruches überwiegend verursacht ist. Ob eine begründete Aussperrung vorliegt, entscheidet bis auf weiteres endgültig das Gewerbegericht.

Nach Abschluß des Ausstandes oder der begründeten Aussperrung haben die Gemeinden den Arbeitnehmern bei vorliegender allgemeiner Voraussetzung Unterstützung zu gewähren. Im Falle eines Arbeitskampfes wird die Erwerbslosenunterstützung an diejenigen Personen, die vor Ausbruch des Lohnkampfes arbeitslos gemeldet waren, oder bereits Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, weitergezahlt. Arbeitsvermittlung nach bestreikten Betrieben darf nicht stattfinden. Bei unbegründeter Aussperrung der Arbeiterschaft seitens der Arbeitgeber tritt die Erwerbslosenfürsorge beim Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen in Kraft.

wie er auf Befehl von Noé, durch Foß (deutschnational), Sturm (Deutsche Partei), Hoppe (Zentrum) eingebracht ist und Gesetz werden soll:

Die Unterstützung ist nicht zu gewähren, wenn die Erwerbslosigkeit durch Ausstand überwiegend verursacht ist. Bei Aussperrung ist sie nur dann zu gewähren, wenn die Aussperrung sich gegen einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch richtet. Die für diese Verbindlichkeitserklärung zuständige Stelle hat auf Antrag eine Entscheidung innerhalb einer Woche von dem Tage an zu treffen, an dem der Antrag einer Partei auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs eingeht.

Nach Abschluß des Ausstandes oder der Aussperrung haben die Gemeinden bei Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen Unterstützung zu gewähren.

Im Falle eines Arbeitskampfes wird d. Erwerbslosenunterstützung an diejenigen Personen, die vor Ausbruch des Arbeitskampfes arbeitslos gemeldet waren oder bereits Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, weiter gezahlt.

Unsere Genossen Kloßowski und Arczynski nagelten die bürgerlichen Steh-Umfall-Fraktionen gleich fest, indem sie zu dem Abänderungsantrag Foß und Genossen folgendes beantragten:

Ist die Verbindlichkeit eines Schiedsspruches durch die hierfür behördliche Einrichtung erfolgt und lehnt der betreffende Arbeitgeber den so geschaffenen Tarif oder Lohnvertrag ab, erhalten die betreffenden Arbeiter im Falle der Arbeitsniederlegung die Erwerbslosenunterstützung.

Dieser Antrag gibt den bürgerlichen Parteien Gelegenheit zu zeigen, ob sie wenigstens dann die wirtschaftlich Schwachen gesetzlich stützen wollen, wenn diesen selbst die kargen Zugeständnisse der gesetzlichen Schlichtungsausschüsse vorenthalten werden. Dr. Eppich erklärte für seine Person, daß er dem Antrage zustimme. Der Deutschnationale Dr. Niehuus zweifelte, den bürgerlichen Parteien den Weg zeigend, die zivilrechtliche Zuständigkeit des Demobilmachungskommissars gemäß der Elbinger Justiztheorie, an. Damit ging man auseinander und will am kommenden Sonnabend zum zwanzigsten Male über dieses Gesetz „beraten".

Arbeitgeberfreundliche Sorgen des Demobilmachungskommissars.

Der Demobilmachungskommissar hat in letzter Zeit eine wunderbare Entscheidung gefällt, die wert ist, der Nachwelt erhalten zu werden. Der Zentralverband der Angestellten hat in der Gehaltsbewegung für die Angestellten des Altersheims Pelonken vor dem Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch erwirkt, der den Angestellten auf ihre Gehälter in Höhe von 400 bis 700 Mark eine 60prozentige Erhöhung zubilligt. Das „soziale" Vorsteherkollegium der Anstalt lehnte diesen Schiedsspruch ab, während die Arbeitnehmer den Spruch um des lieben Friedens willen angenommen haben. Die Organisation beantragte daraufhin die Verbindlichkeitserklärung dieses Spruches bei dem Herrn Demobilmachungskommissar so hoch zu sein, daß er eine Bewurde die Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedsspruches abgelehnt. Zur Begründung dieser Ablehnung mußte folgendes herhalten:

Die Organisation hatte Vollmacht eingereicht, die eine Anzahl Angestellte umfaßte. Bei dem Spruch des Schlichtungsausschusses wurde eine Angestellte, die nicht mit unterzeichnet hatte, mit aufgeführt und dieses war dem Demobilmachungskommissar Grund genug, die Verbindlichkeitserklärung abzulehnen. Ferner wurde einer Angestellten ihr Barlohn von 200 Mark auf 250 Mark nebst freier Station erhöht. Auch dieses fürstliche Gehalt schien dem Herrn Demobilmachungskommissar so hoch zu sein, daß eine Begründung für diese Erhöhung von seiten des Schlichtungsausschusses für notwendig erachtete.

Aus dem Vorhergesagten können die Angestellten ersehen, wie ihre Rechte von einer „unparteiischen" Behörde gewahrt werden. Es ist daher Pflicht eines jeden denkenden Angestellten, sich aus eigener Kraft zu helfen und zwar dadurch, daß er sich der freien Gewerkschaft anschließt.

Der große historische Film „Fridericus Rex", der vor kurzem in Berlin seine Uraufführung erlebte, wird von morgen, Freitag, ab in den U. T.-Lichtspielen zur Vorführung kommen. Dem Film wird eine besonders markante historische Treue nachgerühmt. Die Personen wurden von erstklassigen Darstellern gestellt. Die Aufnahmen für den Film, dessen beide Teile (11 Akte) in einer Vorstellung vor-

[illegible] Sanssouci, Rheinsberg, Potsdam und in der Festung Küstrin gemacht worden. Die Kostüme und Requisiten, zum Teil aus den Museen geliehen, wurden ausnahmslos nach den alten Originalen hergestellt. Die Erstaufführung in Danzig dürfte daher besonderes Interesse erwecken.

Kommunistische Regierungskrise.

Die Kommunisten lieben es, sich in der Oeffentlichkeit von Zeit zu Zeit durch Ausgabe neuer „revolutionärer Parolen" bemerkbar zu machen. Unsern Lesern ist wohl noch bekannt, daß die hiesige „Arbeiterzeitung" eine Zeitlang die Parole „Einheitsfront des Proletariats" propagierte. Jetzt hat man einen neuen Bissen gefunden, an dem die kommunistische Partei eine Zeitlang nagen wird. Die „Arbeiterzeitung" beschäftigte sich vor einigen Tagen mit der Frage einer Bildung der Regierung der Mitte im Freistaat und deutete dabei an, daß die Kommunisten eine Regierung der Deutschen Partei und des Zentrums parlamentarisch unterstützen würden. Nunmehr hat man zur Beratung dieser Frage auch einen außerordentlichen Parteitag der kommunistischen Partei im Freistaat auf den 26. März 1922 einberufen. Als erster Tagesordnungspunkt ist in Aussicht genommen: Die politischen Fragen des Tages. (Wie stellt sich die kommunistische Partei zu einer etwaigen Regierung der Mitte im Freistaat?) Die „Arbeiterzeitung" bemerkt weiter noch, daß in der Sitzung der Bezirksleitung durchaus Einstimmigkeit über die Haltung der kommunistischen Partei zur Frage der Regierung der Mitte herrschte und daß die diesbezügliche politische Haltung der Danziger „Arbeiterzeitung" gebilligt wurde. Der Parteitag würde lediglich zu dem Zweck einberufen, um die betreffenden Beschlüsse der Partei auf breiteste Basis zu stellen.

Die Diskusion dieser ganzen Frage durch die Kommunisten erscheint höchst eigenartig. Bisher galt es als kommunistisches Dogma, daß man eine Regierung der Bürgerlichen unter allen Umständen bekämpfen müsse. Bekannt ist, in welch heftiger Weise die Kommunisten z. B. auch die Koalitionsregierung in Deutschland bekämpfen, in welcher bekannte Sozialdemokraten in wichtigen Stellungen tätig sind. Allerdings hat schon der Vertreter der Moskauer Leitung Radek bei seinem Aufenthalt in Deutschland einen anderen Standpunkt eingenommen, und bei der ganzen Verfassung der kommunistischen Internationale ist es durchaus möglich, daß die kommunistischen Parteien sogar in bürgerliche Koalitionsregierungen eintreten würden, wenn die Moskauer Zentrale dieses gebietet. Es erscheint deshalb durchaus nicht ausgeschlossen, daß man auch bei der Danziger kommunistischen Partei Sehnsucht nach Senatssesseln verspürt.

Erweiterung des Mieteinigungsamtes.

Der Senat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung die Aenderung der Satzungen des Mieteinigungsamtes, und zwar dahin, daß die Zahl der Beisitzer von 60 auf 90 erhöht und das Tagegeld für die Beisitzer auf 30 Mk., bisher 15 Mk., festgesetzt wird.

Zur Begründung führt der Senat in der Vorlage an, daß die Tätigkeit des Einigungsamtes bedeutend zugenommen hat, so daß die Einrichtung einer vierten Kammer erforderlich ist. Es finden jetzt wöchentlich etwa neun Sitzungen von 4- bis 6stündiger Dauer statt, so daß die Inanspruchnahme der Beisitzer eine sehr große ist. Auch können einige Beisitzer aus beruflichen Gründen nicht so oft an den Sitzungen teilnehmen, so daß die sich auch daraus ergebende Mehrbelastung von den anderen Beisitzern kaum noch getragen werden kann. Die Erhöhung der Zahl der Beisitzer von 60 auf 90 wäre daher nicht zu umgehen. Die Erhöhung der Tagegelder ist notwendig, weil die fortschreitende Geldentwertung ständig eine höhere Entlohnung für alle Arbeit mit sich bringt, so daß die ehrenamtlich tätigen Beisitzer vor empfindlichen Schäden durch Lohnausfall geschützt werden müssen. Den Beisitzern des Kaufmanns- und Gewerbegerichts ist in dem neuen Gesetz gleichfalls ein Tagegeld von 30 Mk. zugebilligt.

Der Senat beantragt gleichzeitig Ersatzwahlen für 18 ausgeschiedene Vermieter- und für 16 ausgeschiedene Mietervertreter. Für diese sowie die von jeder Gruppe neuzuwählenden 15 Vertreter haben die Hausbesitzervereine und der Mieterbund bereits Vorschläge eingereicht.

Aus dem Volkstage.

Die Sozialdemokratische Fraktion beantragt folgende Aenderung der Verordnungen über das Gewerbe- und Kaufmannsgericht: Die Beisitzer erhalten für jede Sitzung, welcher sie beigewohnt haben, eine Entschädigung. Die Höhe derselben ist durch Statut festzusetzen. Die Beisitzer aus dem Kreise der Arbeiter erhalten außer der Entschädigung den Unterschied zwischen ihr und dem entgangenen Arbeitsverdienste ersetzt, wenn der Arbeitsverdienst höher ist, als die Entschädigung. Die Zurückweisung der Entschädigung ist unzulässig.

Der Gemeinde- und Gutsvorsteherverband des Kreises Danziger Höhe bittet in einer Eingabe, daß den Gemeinden und Gutsbezirken der Anteil der Steuer von 44 auf 60 Prozent erhöht wird. Der Ausschuß beschloß, die Eingabe dem Senat als Material zu überweisen.

Die Fischer von Grenzdorf und den anliegenden Ortschaften betreiben die Entenjagd auf dem Frischen Haff gewerbsmäßig. Im Interesse der Volksernährung beantragen sie eine Ermäßigung der Stempelgebühr für Jagdscheine zur Ausübung der Entenjagd. Der Eingabenausschuß beschloß, die Eingabe dem Senat zur Erwägung zu überweisen.

Der Lichtbildervortrag für Kinder, zu dem am gestrigen Abend die Frauenkommission eingeladen hatte, erfreute sich der regsten Aufmerksamkeit der Kinder. Eine humoristische Reise des kleinen Mucki und eine Reise durch die Alpen fanden viel Heiterkeit und Beifall. Eine Rätselserie der beliebgenen Abend. Heute, Donnerstag, abend Märchen, Reisen und Rätsel. Beginn 5 Uhr in der Aula der Hilfsschule Heilige Geistgasse.

Urania-Abend der Volkshochschule.

W. O. Diese Unternehmung, die sich in regelmäßiger Folge wiederholen soll, ist sehr zu begrüßen, weil sie ein gutes Stück Arbeit zur Hebung des durch Theater- und Kinokitsch rapide sinkenden Volksgeschmacks leisten kann. Denn es gilt zunächst, den Massen zu zeigen, auf welchem Wege sie zur Kunst gelangen können, und ihnen diesen Weg möglichst leicht zu machen. Ist erst die Erkenntnis da, ist die Arbeit schon zur Hälfte getan.

Die gestrige Veranstaltung war ausverkauft. Wahrscheinlich hat das Wort „Urania" Zugkraft gehabt. Es gab in sehr kluger Auswahl Belehrung und Unterhaltung zugleich. Erst die Arbeit, dann das Spiel. Es lief zunächst ein Lehrfilm: „Die Alpen." Zwischen berauschend schönen Naturaufnahmen von Bergketten, Gletschern, Felsschluchten, Wasserfällen, Gebirgsstädten und -dörfern, gab es sehr instruktive und durch Skizzen veranschaulichte Unterweisung über Flächenausbreitung, geologische Bildung, Bewässerung usw., die an Frau Brückel (nach einem Text von Prof. Lampe) die wenig dankbare Aufgabe einer Schnellsprecherin stellte. Die solchermaßen gewonnenen Bereicherungen des Wissens scheinen aber bei einer weniger geographisch geschulten Zuhörerschaft gering, und es wird sich empfehlen, hier wesentliche textliche Kürzungen oder Umstellungen vorzunehmen, die mit geringeren Voraussetzungen operieren. Der Film stellt hier schon recht erhebliche Anforderungen an die Gefolgschaft des Auges und ein Zuviel für das Ohr kann da leicht mehr an Interesse nehmen als geben.

Der folgende Paul Wegener-Film „Der Rattenfänger von Hameln" ist zwar noch kein guter Film, aber immerhin ein besserer, weil er dem Wesen der Sage auf die Spur ist und mancherlei Stimmungsschönheit birgt. Neben Paul Wegener (dessen Filmerkunst auf anderem Gebiet liegt) in der Titelrolle sah man W. Diegelmanns bildkräftige Gestaltung und den herrlichen Knabenkörper der Lydia Salmanowa. Die begleitende Musik hat die Aufgabe, die Stimmung zu steigern; bei dieser war es vielfach umgekehrt der Fall.

Kunstforschende Gesellschaft. Im Hörsaale der Naturforschenden Gesellschaft beendete gestern der neu ernannte Kustos unseres Stadtmuseums, Herr Paul Abramowski, vor einem nur kleinen Kreise seine Vortragsfolge über „Danzigs Plastik im Mittelalter". Als exakter Kenner des von ihm behandelten Stoffes, den er in Spezialstudien der mittelalterlichen Plastik der Ostlande besonders vertiefte, gab er in seinen Ausführungen ein auf wissenschaftlicher Basis entstandenes Bild von der Entwicklung plastischer Kunstwerke Danzigs, deren Entstehung in das Ende des 14. und das 15. Jahrhundert fällt. Anknüpfend an die Ausführungen des 1. Vortrages ging er dabei vom Mystizismus aus und wies an den Schöpfungen dieser Richtung — speziell an den Bildwerken der Kirche in Hela — den Einfluß der Prager Schule nach. In klar verständlichem Zusammenhange wurde der Uebergang zur Spätgotik betont mit ihrem Bestreben, dem Flächenhaften Form zu geben, die Gestalten schärfer zu individualisieren, die Bewegung freier und wallender werden zu lassen. So verließ man in fließendem Wechsel die Bahnen der Gotik mit ihrer starren Strenge, der inneren Konzentration, dem gewollten Fernhalten vom Sinnlichen. Langsam, aber doch deutlich merkbar erwuchs dann die Renaissance etwa um 1500, deren Ursprünge sich in Flandern, den Niederlanden und Franken finden lassen, mit einer gewissen Ungebärde in ihrer Frühperiode.

Trotz der Anpassung an diese großen und allgemeinen Entwicklungsepochen auf dem Gebiete der bildenden Kunst wurde der Nachweis erbracht, daß die plastischen Bildwerke unserer engeren Heimat doch ihre charakteristischen Züge tragen, die sich in einer Schwerblütigkeit des dargestellten Vorganges, einer zielsicheren Selbständigkeit trotz fremden Ursprunges und ausländischer Einflüsse, einer tiefen Zurückgezogenheit von der Außenwelt bei Behandlung des mimischen Ausdruckes, einer Größe des Empfindens und triebhaften, doch nie südlich-exzessiven Sinnlichkeit dokumentieren.

Seine sehr interessanten Ausführungen illustrierte der Vortragende mit einer großen Zahl fein zusammengestellter Lichtbilder, die uns zum Teil bekannte Plastiken aus den alten, an Kunstschätzen so reichen Danziger Kirchen zeigten. Die Zuhörerschaft dankte für den äußerst anregenden Vortrag in herzlicher Weise. Dr. O.

Die Wiedereröffnung der Fahrten des Dampfers „Grüßgott" soll, wie wir hören, von Verhandlungen abhängen, die zwischen dem Reich und dem Norddeutschen Lloyd schweben. Im Interesse des Verkehrs wäre zu wünschen, daß die Verhandlungen baldmöglichst zum Abschluß kommen und die Fahrten wieder aufgenommen werden.

Jungsozialistengruppe. In der am Freitag, den 3., stattfindenden Versammlung spricht Genosse Früngel über das Thema: „Arbeitslohn; Lohn-, Akkord- und Prämiensystem". Die Mitglieder werden aufgefordert, vollzählig zu erscheinen. Gäste willkommen. Die Versammlung findet um 7 Uhr abends im Parteibureau, 4. Damm Nr. 7, 3 Treppen, statt.

Polizeibericht vom 2. März 1922. Festgenommen 15 Personen, darunter 6 wegen Diebstahls, 1 wegen Sachbeschädigung, 1 zur Festnahme aufgegeben, 4 in Polizeihaft; obdachlos 3 Personen.

Standesamt vom 2. März 1922.

Todesfälle. Fischer Ignatz Baczkowski, 61 J. — Witwe Franziska Jansson geb. Bartsch, 75 J. 11 Mon. — Witwe Anna Buchwardt geb. Kwietzinski verw. Ziebuski, 77 J. — Buchdrucker Paul Hecht, 28 J. — Frau Wilhelmine Bialk geb. Petike, 54 J. 5 Mon. — Gefreiter Kaufmann Wilhelm Kamps, 22 J. 8 Mon. — Mil.-Invalide Johann Guttowski, 52 J. 9 Mon. — S. d. Kapellmeisters Karl Bojahn, 8 Woch. — Malermeister Johannes Hartmann, 54 J. 9 Mon. — S. d. Monteurs Michael Michelewski, 6 Woch. — Witwe Maria Liegmann geb. Klein, 78 J. 3 Mon. — Witwe Rosalie Heimlich geb. Lenser, 72 J. 2 Mon. — Arb. Friedrich Schönhoff, 46 J. 10 Mon. — Frau Emma Justus geb. Gnaß, 65 J. 3 Mon. — Witwe Klara Ziolkowski geb. Mascholski, 54 J. — Rentier Franz Wichert, 77 J. 2 Mon. — Unehel. 1 Sohn.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	5,75	am Vortage	5,65—70
Amer. Dollar . :	230—33	„ „	229
Englisches Pfund:	1030—50	„ „	1000

Die Aufhebung der Gutsbezirke.

Der Gutsbesitzer Zeising in Gr. Paglau richtete in den „Danziger Neuesten Nachrichten" einen offenen Brief an den Genossen Brill, in welchem er ihm zum Vorwurf macht, daß dieser unrichtige Angaben über die Führung der Geschäfte im Gutsbezirk Gr. Paglau gegeben habe. Insbesondere wandte er sich dagegen, daß von ihm behauptet würde, er bringe für seine Verwaltungsbemühungen zirka 1000 Mark in Anrechnung, um die 44 Prozent der Steuer, die ihm für kommunale Zwecke zustehen, zu verbrauchen. Am Schluß seines offenen Briefes schreibt Gutsbesitzer Zeising: „Sie sehen daraus, daß es gut wäre, wenn man sich vorher genau informierte, ehe man etwas in die Welt posaunt, was doch letzten Endes nicht den Tatsachen entspricht."

Es wäre gut gewesen, wenn der Gutsbesitzer Zeising diese Worte bei der Abfassung seines offenen Briefes selbst befolgt hätte. Es ist dem Genossen Brill gar nicht eingefallen, zu behaupten, daß Zeising für seine Tätigkeit als Gutsvorsteher 1000 Mark Entschädigung bekommt. Gen. Brill hat sich das amtliche Stenogramm seiner Volkstagsrede geben lassen. Nach diesem erwähnte er den Namen des Gutsbesitzers überhaupt nicht und das Gut Gr. Paglau nur einmal, und zwar, als er aus politischen Gründen den Antrag der Sozialdemokratie auf Aufhebung der Gutsbezirke begründete. Er führte dabei aus:

„Ich denke hier vor allen Dingen an Gr. Paglau. Zu dem Gutsbezirk Gr. Paglau gehören 5 Orte, Baumgart, Neukrug, Fünfgrenzen, Althütte. Diese 5 Orte haben mehr Einwohner als das Gut selbst. Trotzdem ist ihnen das Wahlrecht genommen und das Mitbestimmungsrecht an der Verwaltung". Im weiteren Verlaufe der Rede führte Gen. Brill dann noch wirtschaftliche Gründe für unsern Antrag an und erklärte dabei: „Die Gutsbesitzer sagen, so gut wie jeder Gemeindevorsteher für sich eine Entschädigung beanspruchen kann, nehmen wir für uns eine Entschädigung für die Verwaltung des Gutsbezirks von 1000 bis 2000 Mark in Anspruch, um irgendwie die 44 Prozent aufbrauchen zu können". Diese letzteren Ausführungen waren also durchaus nicht speziell auf die Verhältnisse in Gr. Paglau zugeschnitten.

Wenn der Gutsbesitzer Zeising sich weiter im offenen Brief dafür einsetzt, daß die oben genannten Orte einen eigenen Gemeindebezirk bilden möchten, so muß die Sozialdemokratie diesen Wunsch lebhaft bekämpfen. Wir haben in unserm Freistaat schon genügend Zwerggemeinden, die nicht leben und sterben können. Deshalb dürfen nicht noch mehr solcher leistungsunfähigen Gemeinden geschaffen werden. Im Interesse der Landbevölkerung liegt es viel mehr, daß große leistungsfähige Gemeinden geschaffen werden. Nur diese bieten die Gewähr, daß für die Landbevölkerung in gesundheitlicher und kultureller Beziehung das geleistet werden kann, was den Anforderungen der neuen Zeit entspricht. Insbesondere heischt das Recht des Volkes auf Selbstverwaltung, daß mit der mittelalterlich-patriarchalischen Einrichtung der Gutsbezirke aufgeräumt wird.

Versammlungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig.
Freitag, den 3. März, abends 7½ Uhr, findet in der Hilfsschule, Heilige Geistgasse 111, eine
Vertrauensmänner-Versammlung
statt. Tagesordnung: 1. Der beabsichtigte Ausbau des Steuergesetzes. (Ref. Gen. Reek.) 2. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Parteifunktionäre, wie Bezirksleitungen Unterkassierer und Betriebsvertrauensleute ist erforderlich. Ohne Mitgliedsbuch und Legitimation kein Zutritt.

Arbeiter-Bildungsausschuß.
Donnerstag, den 2. März, abends 7¼ Uhr, im Vortragssaal der Gewerkschaften, Heveliusplatz 1/2, Vortrag des Genossen Dr. Zint: Der Pazifismus. Karten zu 1 Mk. an der Kasse.

Achtung! Vertrauensleute der freien Gewerkschaften der Danziger Werft. Freitag, den 3. März, 3½ Uhr, gleich nach Feierabend, im kleinen Saal der Maurerherberge, wichtige Versammlung.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppenversammlung Groß- und Kleinhandel am Donnerstag, den 2. März, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Heveliusplatz 1/2, Zimmer 50.

Verein Arbeiter-Jugend Danzig. Freitag, den 3. März, fällt einer wichtigen Funktionärsitzung wegen der festgesetzte Mandolinenabend aus.

Wasserstandsnachrichten am 2. März 1922.

	28. 2.	1. 3.	Kurzebrack	+1,69 +1,82
Zawichost	+2,93	+2,60	Montauerspitze	+0,85 +0,96
	28. 2.	1. 3.	Pieckel	+0,78 +0,98
Warschau	+2,03	+2,32	Dirschau	+2,70 +0,86
	28. 2.	1. 3.	Einlage	+2,02 +2,14
Plock	+1,55	+2,00	Schiewenhorst	+2,20 +2,37
	1. 2.	2. 3.	Nogat:	
Thorn	+1,77	+2,34	Schönau O. P.	+6,62 +6,62
Fordon	+1,12	+1,88	Galgenberg O. P.	+4,70 +4,70
Culm	+1,46	+1,80	Neuhorsterbusch	+2,02 +2,02
Graudenz	+1,29	+1,54	Anwachs	+1,16 +1,23

Eisbericht vom 2. März 1922. Weichsel: Von Km. 0 (Schillno) bis Km. 45 Eisstand, bis Km. 57 Eisgang, bis Km. 146 Eisstand mit Blänken bei Km. 64,7 bis 66 und Km. 92 bis 98, unterhalb Km. 146 Bruchrinne, die erweitert wird. Eisaufbruch vor Ort bis Km. 146 (Grabau). Eisbrechdampfer „Drewenz", „Nogat" und „Brahe" brechen abwechselnd vor Ort. „Welle" bunkert in Mewe, „Nogat" am 1. März an der Bruchstelle eingetroffen. „Schwarzwasser" und „Montau" in Dirschau. „Offa" und Ferse" beim Räumen der Uferscharen von Einlage bis Dirschau. — Nogat: Eisdecke.

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung!

Zum Empfang von Militärversorgungsgebührnissen für April d. Js. sind Staatsangehörigkeitsbescheinigungen erforderlich. Sie werden den im Stadtkreis Danzig wohnenden Rentenempfängern im März werktäglich von 8½ Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. im Polizei-Präsidium, Erdgeschoß und I. Stock, Zimmer 33, ausgestellt, und zwar:

a) für die in der inneren Stadt wohnenden Personen vom 1.–14. d. Mts.
b) für die in Langfuhr wohnenden Personen vom 15.–22. d. Mts.
c) für die in den übrigen Vororten wohnenden Personen vom 23. bis Ende dieses Monats.

Militärpapiere und etwaige Optionsbescheinigungen sind mitzubringen. Den Personen, die am 10. Januar 1920 nicht im Stadtkreise Danzig gewohnt haben, wird empfohlen, eine Bescheinigung der Polizeibehörde oder des Gemeindevorstandes des damaligen Wohnortes über ihren Wohnsitz am 10. Januar 1920 vorzulegen.

Die übrigen Rentenquittungen werden nach wie vor in den Polizeirevieren ausgestellt.

Danzig, den 1. März 1922.

Der Polizei-Präsident.
Froböß. (6208

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Donnerstag, den 2. März, abends 6½ Uhr: Dauerkarten C 2.

Aida

Große Oper in 4 Akten von Guiseppe Verdi.
In Szene gesetzt von Oberspielleiter Julius Brischke.
Musikalische Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.
Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 2. Der Freispruch. Drama.
Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2. Anna Boleyn. Ein Prolog und 6 Szenen
Sonntag, vormittags 11 Uhr. 11. (literarische) Morgenfeier. Dr. Ludwig Fulda: Aus eigenen Dichtungen.
Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum ersten Male. Des Esels Schatten. Lustspiel in drei Akten.

Kunstverein
Dienstag, den 7. März, abends 8 Uhr in der „Loge zur Einigkeit", Neugarten 8
Frau E. v. Stephani-Hahn:
„Schaufensterkunst"
(mit Lichtbildern) (6203
Karten bei John & Rosenberg, Danzig, W. F. Buren, Langfuhr und an der Abendkasse.

Sämtl. Drucksachen
in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spendhaus 6. Telephon 3290

Wilhelm-Theater
vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann
Heute, Donnerstag, den 2. März, abends 7½ Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr
„Faschingshochzeit"
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Sonntag, den 5. März:
„Faschingshochzeit"
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (6195
„Libelle"
Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Volksfürsorge,
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
— Sterbekasse. —
Kein Polleenverfall.
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Gebrauchte Puppen
sowie Einzelteile werden gekauft (†
Johannisgasse 63, part.

KKB Kleinkunstbühne
Große Allee 10 (6207
Das große März-Programm
mit Namen, die ein gutes Programm bedeuten!
Fred Allgeier, Hum. u. Chansonnier
Leio Ackosta, Vortragskünstlerin
Emmy Dornelly, Wiener Soubrette
Rolf v. Frenssen und Partnerin, mondänes Tänzerpaar
Gerda Gerdina, Humoristin
Irina Schilwanoff, Verwandl.-Tänzerin
Reinl Schäffer, Illusionist
Viktorino, Straßengeiger
Voigt - Spanier, Opern-, Spiel- und Gesangsduett
In der Bar: Wiener Schrammeln!
Im Brett'l: 5-Uhr-Tee mit Tanzvorführung. Im Café: Nachm. und abends Künstler-Konzerte

Nur Neufahrwasser, Olivaer Str. 68
Zu sehr billigen Preisen noch ohne Zoll
Anzüge blau und farbig, Ersatz für Maßarbeit;
Hosen gestreift und blau; auch
Marine-Latzhosen
Sommer-Raglans u. Mäntel
Hüte — Arbeitsbekleidung jeder Art — Mützen
Blaue Einsegnungs-Anzüge
kaufen Sie bei (6197
JULIUS BRAUN
Herrenbekleidungsgeschäft

Kaninchenzüchterverein
Danzig und Umgegend. (6198
General-Versammlung
am 3. März 1922, 7 Uhr abends im Vereinslokal Schmidtke, Schichaugasse. Anschließend:
Rammlerschau und Tischbewertung.

1 gebrauchter
Sportliegewagen
mit Verdeck (Brennabor, Gummireifen), zu verkauf.
Schmidtke, (†
Baumgartsche Gasse 22.

Anständiges, sauberes
Mädchen
für den ganz. Tag gesucht.
Brotbänkengasse 32 I. (†

Maschinenschreiben
auch auf poln. Masch.
Tages- und Abendkurse
Otto Sieda, Neugarten 11, I

Feine Häkelarbeit
Lochstickstickerei, Richelieu, Kelumarbeit, Tapisserie u Gobelin fertigt billig und sauber an Fr. Rudzik, Kielgraben 3a, 2 Tr. (†

Was ist ein Risiko für die Hausfrau?
Wenn sie zum Kuchenbacken statt des echten Dr. Oetker's Backpulver „Backin" ein minderwertiges Backpulver verwendet.
Wenn sie sich, um etwas zu sparen, der Gefahr aussetzt, einen mißratenen Kuchen zu erhalten u. Mühe u. Kosten umsonst aufgewandt zu haben.
Beim Backen ist ein gutes, erprobtes Backpulver das wichtigste! Deshalb spare sie nicht an verkehrter Stelle, denn ein minderwertiges Backpulver ist — selbst geschenkt — noch viel zu teuer.
Mit Dr. Oetker's Backpulver „Backin" ist jede Hausfrau gut bedient, denn damit gelingt der Kuchen immer.
Ebenso empfehlenswert sind die bekannten
Dr. Oetker's Puddingpulver,
Dr. Oetker's Vanillinzucker.

Brennholz
absolut trocken, Verkauf im Proviantamtschuppen,
Hauptstraße 70.
Georg Apreck. (6184

Die Qualität

ist unerreicht, dem Rotfroschkönig niemand gleicht
Erdal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder
Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz (6199)